Nr. 222. 46. Jahrgang — Abend-Ausgabe — Mittwoch, 2. Mai 1917

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Feuerkampf auf der ganzen Aisne-Front.

Erneuter französischer Vorstoss am Chemin des Dames abgewiesen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 1. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südlich von Ypern nahm zeitweilig die Feuertätigkeit zu.

Auf dem Kampffeld von Arras scheiterten vormittags englische Vorstöße westlich von Lens, bei Monchy und Fontaine.

Von Mittag an hat sich der Artilleriekampf wieder gesteigert; er blieb auch nachts stark.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Heftigen Feuerwellen vor Tagesgrauen folgten gewaltsame Erkundungen der Franzosen bei Cerny und an der Aisne; der Feind wurde zurückgewiesen.

Mittags setzte der Feuerkampf auf der ganzen Front wieder mit voller Kraft ein.

Nächtliche Unternehmungen unserer Stoßtrupps nördlich der Aisne brachten Gewinn an Gefangenen und Maschinengewehren. Bei Säuberung eines Franzosennestes nordöstlich von Sillery wurden dem Feinde schwere Verluste zugefügt und über 50 Gefangene einbehalten.

Erneute Vorstöße der Franzosen am Chemin-des-Dames-Rücken wurden im Nahkampf abgeschlagen.

Bei den Kämpfen in der Champagne am 30. April sind über 400 Gefangene in unserer Hand geblieben; ihre Aussagen ergeben, daß den neu eingesetzten französischen Divisionen die Aufgabe gestellt war, um jeden Preis uns die Höhenstellungen südlich von Nauroy und Moronvilliers zu entreißen. Dieses Ziel der französischen Führung ist an keiner Stelle erreicht worden.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Die Lage ist unverändert.

In Luftkämpfen verlor der Feind gestern 14 Flugzeuge. Leutnant Wolff schoß seinen 26. und 29., Leutnant Schaefer seinen 24. und 25. Gegner ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

In mehreren Abschnitten war die russische Feuertätigkeit und entsprechend die unsere lebhafter als in letzter Zeit.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Im Grenzgebirge der Moldau griffen nach starkem Feuer mehrere russische Bataillone unsere Höhenstellung nördlich des Oitoz-Tales an. Sie wurden verlustreich abgewiesen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Die lebhafte Gefechtstätigkeit im Cerna-Bogen und auf dem Westufer des Vardar hält an. Eins unserer Fluggeschwader unternahm mit erkannt gutem Erfolge einen Bombenangriff gegen Munitionslager bei Bac an der Cerna.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

Versenkung eines englischen Dampfers vor der Themse.

Amtlich. Berlin, 2. Mai.

Einige Marineflugzeuge griffen am 1. Mai vormittags feindliche Handelsschiffe vor der Themse an und versenkten einen etwa 3000 Bruttoregistertonnen großen Dampfer. Von den Flugzeugen ist eins nicht zurückgekehrt und gilt als verloren.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die heutige Reichstagssitzung.

Heute nachmittag 2¼ Uhr nahm der Reichstag seine Verhandlungen wieder auf. Vor der Sitzung versammelte sich der Aeltestenausschuß, um das Arbeitsprogramm aufzustellen. Auch die Fraktionen waren teilweise zu Beratungen zusammengetreten, um sich u. a. über die in den Verfassungsausschuß zu sendenden Mitglieder schlüssig zu werden. Die Wahlen des aus 28 Mitgliedern bestehenden Ausschusses werden nämlich diesmal, wie bereits berichtet, nicht durch die Abteilungen vorgenommen, sondern die Fraktionen bestimmen die betreffenden Mitglieder. Unter den Parteien haben bisher keine Verständigungsversuche über das Arbeitsprogramm des Ausschusses stattgefunden. Es soll daher zunächst eine Generaldebatte im Ausschuß eröffnet werden, aus der sich dann die einzelnen Aufgaben herauskristallisieren sollen.

Die Plenarsitzung des Reichstages beginnt heute mit der Fortsetzung der vor den Osterferien abgebrochenen zweiten Etatslesung. Zuerst wird der Etat für das Reichsschatzamt beraten werden, über den der Zentrumsabgeordnete Naken Bericht erstatten wird. Daran wird sich, abgesehen von kleineren Etats die Beratung des Etats für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung anschließen. Im Hause herrscht heute ein reges Leben und Treiben.

*

Der Aeltestenausschuß des Reichstags beschloß nach längerer Debatte, dem Plenum zu empfehlen, den Arbeitsstoff so beschleunigt aufzuarbeiten, daß sich der Reichstag bereits vor Himmelfahrt vertagen kann.

Berichte der feindlichen Heeresleitungen.

Französischer Heeresbericht vom 1. Mai nachmittags:

Südlich der Oise wiesen wir einen deutschen Angriffsversuch gegen einen unserer kleinen Posten in der Gegend von Barisis und dem Chemin des Dames ab. Recht heftiger Artilleriekampf im Abschnitt von Troyon. Bei Hurtebise Kämpfe von Streifabteilungen. Oestlich von Hurtebise wurde eine deutsche Erkundungsabteilung, die sich unseren Linien zu nähern versuchte, durch unser Feuer abgewiesen. In der Champagne verhältnismäßig ruhige Nacht. In den angegriffenen Abschnitten richteten sich unsere Truppen in den eroberten Stellungen ein. Die Zahl der von uns bei den gestrigen Unternehmungen gemachten Gefangenen, die bisher gezählt worden sind, beträgt über 400. Von der übrigen Front nichts zu melden.

Französischer Heeresbericht vom 1. Mai abends: Ziemlich lebhafte Artillerietätigkeit am Chemin des Dames, besonders in der Richtung auf Hurtebise und Craonne, ebenso in der Gegend von Courcy, in der Champagne heftiger Artilleriekampf südlich von Moronvillers. In dieser Gegend machte der Feind zweimal starke Gegenangriffe auf Stellungen, die wir gestern erobert hatten, nördlich vom Hohen Berge. Unser Sperr- und Maschinengewehrfeuer brach beide Male die Angriffswellen und fügte dem Feind schwere Verluste zu. Die Zahl der von uns in den Kämpfen vom 30. April gemachten unverwundeten Gefangenen beträgt 520, ferner erbeuteten wir 5 Geschütze. Zeitweilig unterbrochenes Geschützfeuer auf dem übrigen Teil der Front. In der Zeit vom 24. bis 30. April brachte Leutnant Delorme das 21. feindliche Flugzeug zum Absturz. Feldwebel Madon das 9., Feldwebel Lufbery von dem Geschwader Lafayette brachte bis heute 9 deutsche Flugzeuge zum Absturz.

Zweiter englischer Heeresbericht vom 1. Mai: Während des Monats April nahmen wir im Laufe unserer Angriffsunternehmungen 19 343 Deutsche gefangen, hiervon 408 Offiziere. Während des gleichen Zeitraums erbeuteten wir ferner 257 Geschütze und Haubitzen, hiervon 98 Geschütze und Haubitzen schweren Kalibers, 227 Minenwerfer, 470 Maschinengewehre. Außer diesen von uns eroberten wurden noch zahlreiche feindliche Kanonen, Haubitzen und Minenwerfer durch unser Artilleriefeuer zerstört. Die Tätigkeit in der Luft dauerte gestern Tag und Nacht an. In den Luftkämpfen wurden acht deutsche Flugzeuge durch die unsrigen zum Absturz gebracht, zwei fielen innerhalb unserer Linie nieder, neun andere wurden außer Gefecht gesetzt, ein zwölftes durch unser Artilleriefeuer heruntergeschossen. Neun unserer Flieger werden vermißt.

Reise Lloyd Georges nach Frankreich.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 2. Mai.

Aus London wird gemeldet, Lloyd George sei gestern abend nach Frankreich abgefahren.

Die Veränderungen in der französischen Heeresleitung.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Genf, 2. Mai.

Zu den beachtenswertesten an die Ernennung Pétains zum Generalstabschef geknüpften Erörterungen gehören jene des „Temps" und des „Matin", die mitteilen, daß gewisse Personalveränderungen im höheren Offizierskorps entweder schon vorgenommen sind oder bevorstehen, und daß im Großen Hauptquartier gleichfalls Umgestaltungen geplant sind.

Nach einer Luxiner „Matin"-Depesche betrachte man in Italien die deutsch-österreichische Offensive durchaus nicht für aufgegeben. Die Wiener Friedensanbahnungen seien, wie man in römischen leitenden Kreisen meint, nur ein zur Irreführung Italiens bestimmtes Mittel.

Haag, 2. Mai.

„Paris Midi" schreibt: „Das Publikum begreift nicht recht, worin die neue Stellung des Generals Pétain eigentlich bestehen soll. Die Schaffung des Postens wird aber mit viel Sympathie begrüßt. Pétain ist in Frankreich mit Joffre der populärste Mann dieses Krieges. Joffre genoß besonders Ansehen im bürgerlichen Publikum, Pétain bei den Soldaten und Offizieren." Der „Temps" schreibt zu der Ausbreitung der Befugnisse des Chefs des Generalstabs: „Diese Entscheidung könnte große Folgen haben. Die Ernennung Pétains für diesen schwierigen und verantwortlichen Posten vermindert die Besorgnisse." Der „Temps" spricht sein Vertrauen aus, daß Pétain nicht in die Aufgaben des Oberbefehlshabers eingreifen wird, der für die Leitung verantwortlich bleiben müsse.

Der Fall der „Nation".

Von [Nachdruck verboten.]

Professor Dr. S. Saenger.

Wir dürfen an dem Fall der Londoner „Nation" nicht vorübergehen. Er hängt mit der obrigkeitlichen Verwaltung dessen zusammen, was man in liebenswürdiger Beschönigung die politische Moral nennt. Diese aus liberalem Geist geborene und in liberalem Geist geleitete Wochenschrift darf nicht mehr ausgeführt, sie soll nach Zensurverordnung in eine Art Isolierzelle gesperrt werden, damit die Ansteckung durch Ansichten, die offiziell für unpatriotisch gehalten werden, nicht auch auf die Bundesgenossen übergreife. Fast noch auffallender als die Tatsache an sich ist ihre zurückhaltende oder verschleiernde Beurteilung in der englischen Presse, obgleich doch ein nackter Vorstoß in den Cäsarismus vorliegt und die berühmten englischen Freiheiten an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen werden. Bringt man dem Satz von der einheitlichen Front nach innen Ueberzeugungen zum Opfer? Fühlt man sich schwach werden?

Wir lesen ab und zu Zitate aus dieser Wochenschrift über die Kriegsvorgänge und Kriegspolitik mitsamt ihrem sachlichen Stimmungszubehör, aber über ihre grundsätzliche Haltung und die Bedeutung, die ihr zugemessen wird, ist bei uns wenig bekannt. Das ist schade. Die „Nation" pflegt die große liberale Ueberlieferung, ohne in die starre Unlebendigkeit der Nichtsalsfreihändler zu verfallen. Sie hat während der letzten zehn Reformjahre mit Geist und Würde den demokratischen Reformeifer angeregt und den Imperialismus, soweit er mit ungehemmter Eroberungssucht und Erdrosselung legitimer Ansprüche anderer Staaten und Völker zusammenfiel, auf das heftigste bekämpft. Sie hielt grundsätzlich eine Verständigung zwischen den Großmächten für möglich und hielt an dem Gedanken fest, daß Politik und Moral, privates und öffentliches Geschäft sich irgendwie mußten annähern lassen. Sie hat, als der Krieg ausbrach, ihn sofort als einen solchen betrachtet, dessen Entstehung nicht gänzlich dem berüchtigten preußischen Militarismus zur Last gelegt werden dürfe, obschon sie aus ihrem tiefen Haß gegen die Sache und den Personenkreis, die das Wort deckt, keinen Hehl machte. Und sie hat die Methoden der Geheimdiplomatie in Downingstreet, die unter Ausschluß der parlamentarischen und publizistischen Oeffentlichkeit die nationalen Geschicke selbstherrlich leitete, so erbarmungslos zerfasert, wie wenn es sich um die weiland Lord Palmerstons oder sonst eines Götzen der englischen Historie gehandelt hätte. Von besonderer Freundschaft für uns und unsere Staatslenker war keine Rede, man wird sich das denken können; aber der aus einer Verkettung von Schuld und Fatalität und emotional gebliebener politischer Moral einmal aufgerollte Kriegsapparat sollte sich nach dem Siege (oder dem, was man so nennt) Verständigungs- statt Vernichtungsziele zur Aufgabe stellen.

Durch diesen Geist war die Kritik der Ereignisse bestimmt. Sie verbitterte sich, das muß man schon sagen, täglich mehr — je mehr nämlich das alte England Stück um Stück dem aufgeopfert wurde, was die zur Herrschaft gelangten Imperialisten als das Gebot der Zeit und der Stunde betrachteten. Das Koalitionsministerium kam ans Ruder, Asquith und seine Mitarbeiter, die Vertreter und Behüter des alten Liberalismus mußten das Feld räumen, und der hitzige walliserische Apostat der Demokratie, Lloyd George, übernahm die Regierung des Landes, des Imperialismus und des gesamten Gegenbundes, soweit Kriegführung in Betracht kam. Und nun richtete die Zeitschrift gegen ihn, den Abtrünnigen, und sein System ihre Pfeile. Was diese Kritik aber so lästig machte, stammte nicht aus den Gehässigkeiten grundsätzlicher Neinsager, ihre Wirksamkeit beruhte gerade auf ihrer unerbittlichen Sachlichkeit, die ein ungewöhnlicher Reichtum an Witz, Ironie und Satire nur erhöhte und eindringlicher machte. Zehn Zeitschriften dieser Art in Europa, zehn große Ströme so tapferer Menschlichkeit: und wir schritten einem „dauerhaften" Frieden mit Siebenmeilenstiefeln entgegen.

Im einzelnen richtet sich der Hauptangriff der „Nation" gegen die cäsaristisch amtierende und organisierende neue Bureaukratie, die Lloyd George unter Ausschaltung der bisherigen parlamentarischen Kontrolle eingesetzt hat. Dieses „System" ist nicht bestimmt, die Würde des Parlaments zu heben, sondern es in den Augen des Publikums grundsätzlich zu entwerten. Von der Exekutive gleitet die Leitung der Staatsgeschäfte in die Hände dieser neu geschaffenen Bureaukratie; Verwaltung und Exekutive fallen zusammen. Der neue Sekretär des Schatzamtes ist kein Mitglied des Parlaments. Der Premierminister, dessen bisherige Aufgabe darin bestand, Kopf und Gewissen des Parlaments zu sein, läßt sich im Unterhaus durch eine Persönlichkeit zweiten oder dritten Ranges vertreten, durch einen vor der sachverständigen Oeffentlichkeit nicht bewiesenen Mann wie Bonar Law, einen schlechten Regierer und geistlosen Redner: ein Umstülpung aller parlamentarischen Ueberlieferung, wodurch die tragenden Pfeiler des englischen Parlamentarismus zerbrochen werden. Sprach man schon früher von dem Kabinettscäsarismus, so meinte man daß der regierende Ausschuß der Mehrheitspartei das Parlament zu

einer Abstimmungsmaschine degradiert habe, und man sah die Initiativrechte des einzelnen Mitgliedes dahinschwinden. Lord Salisbury hat vor Jahrzehnten auf diese Entwicklung hingewiesen; sie hing mit dem wachsenden Zentralismus eines Riesenreichs zusammen. Nun sind zwischen das Kriegsdirektorium der fünf Häuptlinge und das Parlament allerhand Zwischenglieder geschoben, vor allem das sogenannte Kabinettssekretriat, das fast ein Ministerium an sich ist. Die zweite Zwischenbehörde ist ein Ausschuß von erleuchteten Sachverständigen und Ratgebern, von „Illuminati", deren Zusammensetzung sich Lord Milner besonders angelegen sein ließ: man kann sich vorstellen, in welchem Geiste die Wahlen getroffen wurden. Hinzutreten allerhand nichtparlamentarische Ausschüsse, deren einem das wichtigste Stück der Kriegs- und Friedenspolitik ausgeliefert wurde, nämlich nichts Geringeres als die Ordnung der imperialen Handelspolitik (fiscal policy). So ist in England eingetreten, was man auch überall sonst am Werke sieht: eine außerordentliche Vermehrung der Verwaltungs- und der ausführenden Behörden, die sich kaum oder überhaupt nicht in den alten Verwaltungsapparat einpassen lassen. Und dieser ganze Umbau vollzieht sich hinter den Kulissen, in einem wahren Wirbel von Neuerungen, die nicht bloß der Mann in der Straße Mühe hat zu verdauen. Aus dieser Stimmung ist auch die allseitige Kritik des bisher völlig mißglückten Hilfsdienstes geboren, der es fertiggebracht hat, mit überraschender Sicherheit die ungeeignetsten Leute an die wichtigsten Stellen der Betriebe zu bringen. So frißt sich der Groll in die Gemüter nicht nur der liberalen Parlamentarier, die zwar fest entschlossen sind, den Krieg siegreich zu liquidieren, aber nicht, das bisherige Repräsentativsystem durchlöchern zu lassen und zugunsten eines Diktators abzudanken. Der stützt sich auf die Herrschaft durch das suggestive Wort (in Wählerversammlungen); auf die Presse, die ihm oder der er gefügig ist, d. h. auf die durch Northcliffe vertrustete öffentliche Meinung; und besonders auf die in Großhandel, Großindustrie und Gewerkschaften kristallisierten sozialen Organisationen, mit denen er direkt verhandelt, und als deren gottgeweihtes Werkzeug er sich betrachtet. So entsteht eine ganz neue Art Demokratie, eine Demokratie nach amerikanischem Muster, aber ohne daß der Premier nach dem Muster der amerikanischen Präsidenten, aus einer Volksabstimmung (Plebiszit) sein Recht auf eine zeitweilige Souveränität ableiten darf. Und um das Gebäude dieser Willkürschöpfung zu krönen, läßt dieser respektlose Umstürzler inmitten des großen Krieges eine imperiale Konferenz zusammentreten, das sogenannte Imperial War Cabinet, um abseits von Westminster mit den Vertretern der großen Tochterstaaten, der sogenannten Dominions, und nominell auch Indiens nicht bloß die Grundlinien der Kriegführung, sondern auch des Friedensprogramms aufzustellen. das heißt, meint die „Nation", die Zukunft der britischen Inseln soll auf Jahrhunderte vielleicht über die Köpfe der Männer und Frauen hinweg bestimmt werden, die auf ihnen leben.

Gerade um ihrer Sachlichkeit willen ist diese Art Kritik nicht leicht zu entwaffnen; sie als Schwächung des Kriegswillens zu betrachten, ist ja ein verräterisches Symptom der Schwäche. Und sie ist nicht nur der Sport eines verdrossenen Eigenbrödlers, der allwöchentlich seinen Geist leuchten läßt; oder eines grundsätzlichen Pazifisten, der einen sofortigen Frieden um jeden Preis begehrt. Sie bringt die wachsende Unruhe eines großen Teiles der englischen Bourgeoisie zum Ausdruck, vor allem auch jener Masse puritanischer Demokraten, die von 1906 bis zum August 1914 die Regierung des Landes bestimmt hatten und nun gewahr werden, wie diese seither in die Hände der Nichtsalsimperialisten geglitten ist, ohne daß ihnen vom Volke ein Mandat erteilt wurde. Der Haß gegen die Unwahrheit und Unklugheit imperialistisch überladener Kriegsziele und allerhand Imponderabilien mischen sich ein, um die Haltung des wichtigen Blattes zu bestimmen; ich kann hier darauf nicht eingehen. Die „zynische" Art zum Beispiel, wie Indien zuungunsten von Lancashire zum Schutzzoll auf Baumwolle berechtigt wurde (an sich ein Vorgang von großer Bedeutung) oder wie die absichtlich im unklaren gehaltene Politik des Reichsschutzzollverbandes nach dem Kriege betrieben wird, gab und gibt Anlaß zu äußerst wirksamen Protesten. Aber das Hauptstück bleibt der Kampf gegen den Lordprotektor Lloyd George, der seine Mission auf ein Gottesgnadentum à la Cromwell zu gründen meine und doch nichts weiter sei als der Gefangene seines unstaatsmännischen Ehrgeizes und, eben darum, der Curzon und Milner, die im Direktorium der fünf Männer den Geist verträten und die Richtung angäben. Summa: auch der englische Boden sei bedeckt mit den Scherben der Freiheit, und ehe nicht der Schöpfer dieses Systems der Scheinfreiheit beseitigt sei, könne weder England noch Europa zu hoffen wagen . . .

Die Maifeier in Petersburg.

Zwischenfälle in der Hauptstadt.

(Telegramm.)

Petersburg, 1. Mai. (Meld. d. Petersb. Tel.-Agentur.)

Der ausführende Rat der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten ließ heute in der Nacht folgende Kundgebung anschlagen: „Gestern haben sich mehrere bedauerliche Zwischenfälle in der Hauptstadt ereignet. Ein junger, unbekannter Mann tötete den General Kaschtalinski. Auf eine Gruppe von Leuten, die politische Kundgebungen veranstalteten im Stadtviertel Wassili Ostrow wurden Schüsse abgegeben und daselbst Bomben geworfen. Einige Personen, die sich als Mitglieder des ausführenden Ausschusses ausgaben, verhafteten den Besitzer des Grundstücks, Ladyjenski. Andere Unbekannte rissen Offizieren die Achselstücke ab. Einzig und allein Geistesgestörte oder Feinde der nationalen Freiheit konnten die aufrührerischen Handlungen begehen, die geeignet sind, die russische Revolution bloßzustellen." Der ausführende Rat verurteilt sie streng und ruft alle Bürger auf, derartige Zwischenfälle zu verhindern, denn diese Handlungen erzeugen die Anarchie und zerrütten die revolutionären Kräfte.

b. Stockholm, 2. Mai.

Die Petersburger Maifeier verlief einer Meldung der Petersburger Agentur zufolge unter Anschluß der begeisterten Bevölkerung ohne bemerkenswerte Zwischenfälle, obwohl angeblich über eine Million Menschen an der Feier teilnahmen. Die Regierung hatte den 1. Mai als Nationalfeiertag erklärt. Alle Arbeiten waren eingestellt. Kein Straßenverkehr fand statt. Die Geschäfte, sogar die Restaurants waren geschlossen. Frauen, Männer und Kinder zogen durch die Straßen und sangen die Marseillaise und russische Arbeiterlieder. Die Prozessionen begannen am frühen Morgen und dauerten bis zum späten Abend. In den Zügen wurden Hunderte von Fahnen getragen. Man sah Soldaten und Offiziere, Seite an Seite neben den Arbeitern. Die Petersburger Zeitungen widmen der Feier begeisterte Artikel und heben die große Solidarität hervor.

Petersburg, 1. Mai. (Meld. d. Petersburger Tel.-Ag.)

Da der Rat der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten das Auftreten des Revolutionärs Lenin als gefahrdrohend für die russische Freiheit erklärt hatte, erschien Lenin, um sich zu verantworten; aber nach Anhörung seiner Erklärungen hielt es der Rat nicht für nötig, seine Auffassung zu ändern.

Der Kriegsminister Gutschkow befahl, daß die russischen Marineuniformen nach den in den Marinen der republikanischen Länder gebräuchlichen Mustern geändert würden.

b. Stockholm, 2. Mai.

Einer Petersburger Agenturmeldung zufolge habe das Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrats Maßnahmen getroffen, um dem schweizerischen Nationalratsmitgliede Grimm, dem Sekretär des Berner internationalen Sozialistenkomitees, die Reise nach Rußland zu ermöglichen. Grimm teilte in einer Unterredung unserem Korrespondenten mit, daß dies das erste Zeichen auf seine wiederholten an Tscheidse gerichteten Depeschen sei. Er warte jetzt nur noch die Bestätigung von Miljukow ab. Es sei aber selbstverständlich, daß Miljukow in dieser Sache nicht gegen den Willen des Arbeiter- und Soldatenrates handeln werde. Sofort, nachdem er einen positiven Bescheid erhalten habe, werde Grimm, der schon seit Wochen in Stockholm die Erlaubnis, nach Rußland zu reisen, erwartet, nach Petersburg abreisen. Der Zweck seiner Reise sei hauptsächlich, die Rückkehr der russischen Emigranten aus der Schweiz über Deutschland, auf der Grundlage eines dementsprechenden Austausches mit deutschen Internierten, in Rußland zu ermöglichen.

Die Stimmung in der k. u. k. Armee.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.)

K. u. k. Kriegspressequartier, 2. Mai.

Die militärische Lage der **Doppelmonarchie** ist günstiger als je zuvor. Der regelwidrig lange Winter wurde dank der früheren Erfahrungen und umfassender Vorsorge ohne Kräfteeinbuße überstanden und zu einer durchgreifenden Auffrischung und Erneuerung der **Truppe** ausgenutzt. In langen, zumeist kampflos verlaufenen Wintermonaten gründlich geschult, ist die österreichisch-ungarische Armee nach wie vor zu jeder Unternehmung, deren Notwendigkeit sich aus den operativen Verhältnissen ergeben würde, bereit. Hand in Hand damit sorgte die einheimische Industrie dafür, daß keine noch so große Anstrengung der Gegner die eigene Rüstung überbiete. In Rußland zwingt der Kohlenmangel die Putilow-Werke nur an vier Tagen in der Woche arbeiten zu lassen. Italien hat in den ersten Monaten dieses Jahres infolge des U-Boot-Krieges nur sechzig Prozent der im Vorjahre während des gleichen Zeitraumes importierten Kohlenmenge einführen können. Da die italienische Regierung 1916 siebzig Prozent des verfügbaren Kohlenquantums für sich beansprucht hat, so genügt die diesjährige Einfuhr nicht einmal für ihre Bedürfnisse, während der Privatbedarf völlig leer ausgeht. Oesterreich-Ungarn dagegen ist ebenso wie sein deutscher Nachbar in der glücklichen Lage, seinen Kohlenbedarf aus eigenen Gruben reichlich decken zu können. Auf ein williges und geübtes Arbeiterheer gestützt, hat sich die Leistungsfähigkeit der einheimischen Rüstungsindustrie ständig gesteigert, so daß die österreichisch-ungarische Armee heute mit mehr und stärkeren Kriegsmitteln ausgestattet ist, als zu irgendeinem früheren Zeitpunkt.

Leonhard Adelt.

Der Abschuß des englischen Luftschiffs „C 17"

Luftkampf zwischen zwei Flugzeugen und einem Luftschiff

Berlin, 2. Mai. (W. T. B.)

Zu dem Abschuß des englischen Luftschiffes „C 17" am 21. April durch zwei unserer Kampfeinsitzer erfahren wir noch folgendes: Auf die Meldung, daß ein feindliches Luftschiff gesichtet sei, starteten zwei unserer See-Kampfeinsitzer. Der erste griff das Luftschiff sofort auf gleicher Höhe an und begann auf fünfzig Meter Entfernung zu schießen, erhielt dabei Maschinengewehrfeuer und streute seinerseits Ballon und Gondeln mit 400 Schuß ab. Als er auf etwa zwanzig Meter heran war, begann das Luftschiff achtern zu brennen. Der Flugzeugführer warf seine Maschine nach rechts herum, und als er das Luftschiff wiedersah, bäumte es sich auf und stürzte dann brennend ins Wasser. In 250 Meter Höhe verschwand die Gondel im Flammenmeer. Die Reste des Luftschiffes brannten noch etwa drei Minuten auf der Wasseroberfläche.

Das zweite Flugzeug sichtete das Luftschiff in etwa 800 Meter Höhe und verfolgte es, sich in gleicher Höhe haltend. Kurz vor dem Angriff, der sich ebenso wie der des ersten Flugzeuges in äußerst kurzer Zeit abspielte, überstieg es das auf etwa 500 Meter heruntergegangene Luftschiff ein wenig und beschoß es aus allernächster Entfernung mit 150 Schuß. Nach einer Wendung sah dieser Flugzeugführer ebenfalls das Aufbäumen des Luftschiffes und des Absturzes. Das Luftschiff war etwa 10 000 Kubikmeter groß vom Astra-Torres-Typ; die langgestreckten vierkantenen Gondeln hatten vorn und achtern je einen vierflügeligen Zug- und Druckpropeller.

Joffre in Washington.

Washington, 2. Mai. (Reuter.)

Viviani und Joffre wurden vom Senat empfangen, der die Verhandlung über die Militärvorlage unterbrach, um seine Gäste zu empfangen.

Neue Geselligkeit.

Von [Nachdruck verboten.]

Annalise Schmidt.

Es wird jetzt soviel von Neuorientierung gesprochen. Man wünscht den neuen Geist in neue Schläuche zu füllen, man will nicht länger in veralteten Gewohnheiten sich gefangen halten lassen. Von niemandem aber ist bisher an eine Neuorientierung der Geselligkeit gedacht worden. Wahrscheinlich weil inmitten des Kampfeslärms dieser Wert gleich vielen anderen feineren, unfaßbaren Werten, nicht bedacht, vorläufig in einen Winkel der Wünsche und Hoffnungen gestellt ist. Vielleicht auch, weil der Deutsche jetzt wie immer während seiner Geschichte weniger Sinn als andere Völker für den unwägbaren, fließenden Wert seiner Geselligkeit hat. Oder sollte niemand an die Erneuerung der Geselligkeit gedacht haben, weil man glaubt, eine neugerichtete Geselligkeit nicht absichtsvoll aus dem Boden stampfen zu können?

Der erste Grund für eine verzögerte Beschäftigung mit diesen Gedanken muß ja aber einmal aufhören; die Zeiten werden wiederkommen, in denen wir uns nicht länger täglich durch die Tatsachen des Krieges vergewaltigen lassen müssen. Und die beiden anderen Gründe? — Da wird es gut sein, wenn wir uns in der Tat „neu orientieren": das heißt eine neue Richtung mit Absicht einschlagen, den Wunsch nach diesen neuen Werten pflegen und ihre Verwirklichung fördern.

Dazu bedarf es zunächst eines Rückblicks in die Vergangenheit unserer gesellschaftlichen Form.

Preußen hat mit Ausnahme kurzer Zeiten einer gesellschaftlichen Kultur eine feinere Geselligkeit nicht gehabt. Selten gab es Hofhaltungen, die irgendwie den Anspruch erheben konnten, intellektuell, künstlerisch und gesellschaftlich beispielgebend zu sein. Die Tafelrunde Friedrichs des Großen hörte mit dem Tode des helläugigen und schlanken Herrschers auf. Was es dann gab, war breites Biedermeiertum, und später eine repräsentative kühle Pracht, die wenig von künstlerischen Anregungen bot, nichts von geistigen Keimen in die weiteren Gesellschaftsschichten hinaustrug. Von dieser Seite also kam keine Anregung. Auch nicht von seiten der Aristokratie. Der Landadel ist auch jetzt noch — Ausnahmen immer vorbehalten! — in seinen geistigen Ansprüchen ziemlich bescheiden; seine Lebensführung ist vielfach, vor allem in Ostelbien, so auf die derberen Freuden beschränkt, daß auch er als Träger einer feineren Geselligkeit in Preußen nie die Rolle gespielt hat, wie in Frankreich und vor allem in England.

Es bleibt noch das Bürgertum, die mittleren und höheren Mittelschichten. In ihnen zeigte sich in der Tat mehr Neigung zu anmutigem Ideenaustausch, zur Pflege einer freieren und geistigeren Geselligkeit. Zum wenigsten am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts, als die Wälle der alten Traditionen auch bei uns etwas abgetragen wurden, als die Emanzipation der Juden Tatsache wurde, versuchten die Kreise der jüdischen Hochfinanz sich eine gesellschaftliche Stellung zu schaffen mit dem einzigen Mittel, das ihnen damals zur Verfügung stand: sie versuchten, und es gelang ihnen zum Teil, in ihren Häusern unter der Führung ihrer klugen und beweglichen Frauen einen Kreis von geistig interessierten Menschen aller Stände, — Prinzen, Kaufleute, Professoren, Künstler, Beamte und kosmopolitisch gesinnte Fremde — zu versammeln. Rahel Levin, Henriette Herz lebten damals. Es war nur natürlich, daß diese jüdischen Kreise es waren, die, was es an gesellschaftlich interessierten, politisch, künstlerisch, literarisch oder rein menschlich gerichteten Männern und Frauen gab, um sich vereinigten. Sie waren die einzigen, die nicht durch eine Staatsstellung gebunden waren; sie konnten sich frei bewegen. Als dann aber mit den Freiheitskriegen eine patriotische Hochflut ausschließlich politisch gerichteter Gedanken das Land überschwemmte, war es auch mit diesem auf Berlin beschränkten Beginn einer nicht kleinbürgerlichen, das Ganze der Welt umfassenden Geselligkeit zu Ende.

Zwar gab es in der Folgezeit dann noch die Kreise der Professoren an den Universitäten, die eine freiere Geselligkeit pflegten; ja sie waren es, die den Deutschen die politischen und geistigen Ideen und Richtlinien gaben. Aber Geselligkeit im feinsten Sinne war und ist das, was sie geben, auch heute nicht. In diesen Kreisen wird die rein geistige Bildung, das Wissen überschätzt. Und Wissen, sagt schon die Bibel, blähet auf. Man verwechselt im gesellschaftlichen Sinne das Wissen mit dem Sein; aber erst ein äußerlich gepflegtes Menschentum, ein feines geselliges Gefüge, zusammen mit einer tieferen Kultur, ist wahres Menschensein. Andererseits kann man in diesen, wie übrigens auch in anderen Kreisen beobachten, daß oft eine gewisse smartnes, eine unverschämte Art des „Sichnichtverblüffenlassens", der wohlfeilen Aperçu-Fabrikation, mehr gilt als die taktvolle Zurückhaltung wirklich wohl erzogener Menschen.

Die überwiegende Masse des höheren Mittelstandes, der Beamten-Aristokratie hatte eine fruchtbare, als Kulturfaktor ernst zu nehmende Geselligkeit überhaupt nicht. Wie sollte sie auch? Ihr Bedarf an gesellschaftlichen Eitelkeiten war durch Avancement, Titel und Orden meist gedeckt. Die strenge Arbeit des gleichgestellten, alle Kräfte erfordernden Dienstes nahm den meisten Spannkraft und Lust zu einem geselligen Verkehr, der nur das allgemein Menschliche vertreten, nur höheren gesellschaftlichen Interessen dienen sollte. Man trifft dort immer dieselben Menschen derselben Kaste. Das Berufsmenschentum hat den lebendigen Quell der Gesellschaft erstickt. Abfütterungen nannte man die ungern gegebenen, ungern besuchten Gesellschaften. **Dazu kommt, daß Selbständigkeit den Frauen meist fehlte, daß sie** überhaupt vor der Präponderanz des männlichen Einflusses zurückzutreten hatten und auch meist bereitwillig es getan haben. Die Zahl jener Frauen war gering, die selbständigen Geistes genug waren, um mit Anmut und Festigkeit führend und beschwichtigend, anregend und Distanz haltend Mittelpunkt eines gesellschaftlich mannigfaltigen Kreises zu sein, wie sie es in Frankreich im achtzehnten Jahrhundert, in Berlin Anfang des neunzehnten Jahrhunderts gewesen waren.

Dann kam der Krieg. Die meisten Männer, die als Träger einer Zukunft in Betracht kommen, sind im Felde. Die Frauen und Mädchen, die die Zukunft formen könnten, sind meist sozial tätig, getrieben durch innere Veranlagung oder durch bittere Notwendigkeit, durch Eitelkeit, durch Machtbedürfnis, durch Mode, durch das Bedürfnis, sich abzulenken.

Es wird aber einmal Frieden werden und dann wird es darauf ankommen, nicht nur eine wahrheitsgetreue politische Machtverteilung im Staate herzustellen, sondern auch jene Imponderabilien zu pflegen, deren bestechenden Wert wir Deutsche durch sein Fehlen auf unserer Seite bitter kennen gelernt haben. Manche Schranken werden fallen. Die Frauen werden selbständigeren Geistes sein und weniger oft die ausschließliche Führerschaft dem Manne überlassen. Es wird vielleicht weniger häufig vorkommen, daß eine Gesellschaft nichts weiter ist als ein endloses Essen, bei dem alle sich langweilen, wo nie eine Wechselrede über einen Gedanken, ein Problem sich verbreitet, weil ein Gespräch gleich in eine Debatte ausartet, oder verstummt, wenn verständnislose oder für verständnislos genommene Frauen dabei sind. Dann wird es Zeit sein, in einer feineren Geselligkeit die rein menschlichen Werte zu pflegen; unsere Kultur, die in staatlicher Fürsorge, allgemeiner Bildung und Ordnung so weit voran ist, auch in jenen Imponderabilien nicht länger hinanzulassen, die gesellschaftliche Feinheit und eine Eleganz der Gefühle bedingen.

Der Krieg hat eine gewaltige Verschiebung der Reichtumsverhältnisse gebracht: der höhere Mittelstand, die Bürgerschaft, die Kreise, bei denen eine große geistige Bildung zu Hause ist, sind zum Teil beträchtlich in ihrem äußeren Vermögen zurückgegangen, andere, die in der „Gesellschaft" bisher nicht zu Hause waren, sind emporgekommen. Die Gefahr liegt nahe, daß diese zu schnellem Reichtum Gelangten mit ihrem Gelde unabsehbaren Schaden auf geistigem und künstlerischem, überhaupt seelischem Gebiete anrichten. Wenn es auch keine zweite Gründerperiode geben wird: schlimm genug werden Snobismus und Parvenütum sich blähen. Da kann es im Vermögen einer feinen geistigen Geselligkeit liegen, diesem Vordringen der derben Geldmacht entgegenzuwirken. Viel weitere Perspektiven der Einwirkung des schönen und mannigfaltigen Ineinanderklingens einer echten Geselligkeit aber eröffnen sich dem Sinn, der die Schätzung eines sozialen Zustandes ganz von seinem Wert für die Erhöhung und Verfeinerung des menschlichen Gefühls abhängig macht.

Die Vertagung des Fideikommißgesetzes.

Ein stilles Begräbnis.

Trotz der Proteste des konservativen Führers, Abgeordneten v. Heydebrand, hat das Abgeordnetenhaus die zweite Lesung des Fideikommißgesetzes nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt. Nicht bloß die Linke und die Nationalliberalen, sondern selbst Zentrum und Freikonservative ließen in diesem Falle den sonst im Dreiklassenhause so mächtigen Herrn v. Heydebrand im Stich. Also bis zur Wiederaufnahme der Beratungen des preußischen Landtags im Herbst ist unter keinen Umständen an eine weitere Durchberatung des Fideikommißgesetzes zu denken. Aber es ist auch eine Heydebrandsche Illusion, wenn er die Dinge so darstellt, als ob das Abgeordnetenhaus im Herbst nichts Eiligeres zu tun haben werde, als an das gestrige Ende einen neuen fröhlichen Anfang zu knüpfen. Denn von der Bereitwilligkeit, im Herbst den Streit um die Fideikommisse neu zu entfesseln, war in den Erklärungen der Opposition nicht die Rede. Die klare und deutliche Absicht war, zunächst einmal das Zustandekommen des Gesetzes unmöglich zu machen und die Zukunft für sich selbst sorgen zu lassen. In der gleichen Richtung bewegten sich auch die Bemerkungen des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Dr. v. Breitenbach; er war allerdings höflich genug, die Möglichkeit zuzugeben, daß die Zeit für eine ruhige und sachliche Behandlung des Fideikommißgesetzes beim Wiederzusammentritt des Landtags gekommen sein könnte. Der Nachdruck seiner Erklärung lag indessen darauf, daß die mit der Fideikommißgesetzgebung notwendig verknüpften prinzipiellen Auseinandersetzungen in der heutigen Zeit unbedingt zurücktreten müßten. Diese Zurückstellung gilt natürlich so lange, als die heutigen Hindernisse einer freien Diskussion weiter bestehen. Und da bis zum Herbst schwerlich schon die preußischen und deutschen Zustände eine grundlegende Aenderung erfahren haben dürften, so ist nicht einzusehen, weshalb die Wiederaufnahme der Beratungen des Fideikommißgesetzes im Herbst weniger aufreizend als im Frühjahr wirken könnte. Mit anderen Worten, das Fideikommißgesetz ist jetzt nicht von der Tagesordnung abgesetzt worden, um im Herbst doch noch verabschiedet zu werden, sondern weil man diese Fehlgeburt der Kriegsgesetzgebung auf möglichst unauffälligem Wege aus der Welt schaffen wollte. Damit wird es auch wohl sein Bewenden behalten. Nur in einer Beziehung bedarf der gestrige Beschluß einer Ergänzung; die Bestimmung, wonach für die nächsten Jahre eine Neuerrichtung von Fideikommissen ausgeschlossen bleiben soll, muß für sich und abgelöst vom übrigen Gesetz erledigt werden. So lange es noch nicht geschehen ist, darf man wohl als selbstverständlich erwarten, daß die preußische Regierung ihren ganzen Einfluß geltend machen wird, damit nicht noch während des Krieges weiterer Grund und Boden fideikommißarisch gebunden und damit der Verfügung der Gesamtheit entzogen wird.

*

Dem Abgeordnetenhause ist jetzt auch der Antrag der Regierung, das Haus vom 15. Mai bis zum 9. Oktober 1917 zu vertagen, zugegangen.

Erhöhung der Uebernahmepreise für Aluminium.

Eine neue Bekanntmachung des Kriegsministeriums.

Amtlich wird mitgeteilt:

Das Kriegsministerium hat sich entschlossen, die in der Bekanntmachung über Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Aluminium genannten Uebernahmepreise zu erhöhen. Nach der am 10. Mai zur Veröffentlichung kommenden Bekanntmachung werden daher die Uebernahmepreise betragen:

12,00 Mark für jedes Kilogramm Aluminium ohne Beschläge,
9,60 Mark für jedes Kilogramm Aluminium mit Beschlägen.

Da diese Preise erst nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung durch die Sammelstellen gezahlt werden können, empfiehlt sich für das Publikum, die bei Ablieferung der Gegenstände erhaltenen Anerkenntnisscheine erst nach dieser Veröffentlichung zur Auszahlung des Betrages vorzulegen. Die Ablieferung darf jedoch keineswegs verzögert werden, da die Heeresverwaltung die beschlagnahmten Aluminiummengen dringend benötigt.

Durch die neue Bekanntmachung werden die Sammelstellen verpflichtet werden, außer den beschlagnahmten Gegenständen auch Aluminium in Form von nicht beschlagnahmten Gegenständen sowie Aluminiumaltmaterial zu einem Preise von 2,50 Mark für jedes Kilogramm anzunehmen.

Das gleiche Wahlrecht.

Eine Aeußerung Laband's.

Der Staatsrechtslehrer Professor Dr. Laband spricht sich in der „Deutschen Juristen-Zeitung" mit starkem Nachdruck für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen aus. Seine Stimme ist bedeutungsvoll, nicht allein als die Ansicht eines Juristen von Weltruf, sondern weil anzunehmen ist, daß das Urteil dieses Universitätsprofessors über die vermeintlichen Wirkungen einer Ersetzung des Dreiklassenwahlrechts durch das Reichstagswahlrecht in Preußen vom preußischen Staatsministerium eingeholt wurde. In der „Deutschen Juristen-Zeitung" vom 1. Mai schreibt Laband wörtlich:

„Wenn für die weitaus wichtigeren, die Volksinteressen viel tiefer berührenden Reichsangelegenheiten das allgemeine, gleiche unmittelbare Wahlrecht gilt, und der aus diesen Wahlen hervorgegangene Reichstag sich als seiner politischen Aufgabe gewachsen gezeigt und sich als patriotische Stütze der Regierung in schwerer Zeit bewährt hat, so wird man es als unberechtigt empfinden, daß für die Behandlung der verhältnismäßig weniger bedeutenden Landesangelegenheiten, für welche überdies Gesetze und Beschlüsse des Reichs vielfach maßgebend sind, das gleiche Wahlsystem nicht ebenso tauglich sei."

Auch von einer Ergänzung des Reichstagswahlrechts durch ein Pluralwahlrecht will Laband — der keineswegs zu den entschieden liberalen Staatsrechtslehrern gezählt werden kann — nichts wissen.

Ein Staatskommissar für die Frühernte in Bayern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München**, 2. Mai.

Dr. Heims Mitteilung aus Neustadt über die angebliche Beschlagnahme der nächsten Ernte bildete den Gegenstand einer Besprechung, die ich mit der maßgebenden Stelle des Ministeriums des Innern hatte. Danach ist hier von einer neuartigen, in diesem Jahre eintretenden Beschlagnahme der Ernte überhaupt nichts bekannt. Die Protgetreideernte, wie die der Gerste, war ja schon in vorigen Jahren bis auf vier Zehntel, die nur unter besonderen Bedingungen zur freien Verfügung der Verbraucher standen, beschlagnahmt. Ein neues Moment kann höchstens, wie man mir im Ministerium sagte, mit der kürzlich gemeldeten Bestellung eines Staatskommissars für die Frühernte in Bayern eintreten. Diese neue Maßnahme besteht allein in dem Zwang, daß sofort mit dem Drusch begonnen werden muß, und daß dafür von der bayerischen Regierung eine Organisation ins Leben gerufen wird, die zu ermitteln hat, wo die Ernte frühzeitig erfolgen muß, wo sie besonders reich ausfallen dürfte, wo Druschgelegenheit und wo nötiges Personal vorhanden ist usw. Militär soll dort, wo kein Personal in großem Umfang zur Verfügung steht, zu Druscharbeiten herangezogen werden; aber Bauern, die selbst dreschen können, müssen es auch dieses Jahr tun, so daß keineswegs, wie Heim gesagt haben soll, die Bauern nichts mehr mit Druscharbeiten zu tun haben. Die Höhe der Frühdruschprämien für Bauern steht noch nicht fest. Sie wird erst durch den Bundesrat festgesetzt; auch die Getreidemenge, die den Bauern verbleibt, ist noch nicht bestimmt.

* Dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Geheimen Justizrat **Dr. Johannes Junck** in Leipzig wurde das preußische Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

* **Der letzte Zug deutscher und österreichisch-ungarischer invalider Kriegsgefangener** ist aus Rußland in Kristiania eingetroffen. Norwegen bereitete unseren Kriegern an der Grenzstation Kongsvinger einen sehr herzlichen Empfang, zu welchem außer den Herren und Damen der kaiserlichen Gesandtschaft auch Vertreter des preußischen Kriegsministeriums und des deutschen Roten Kreuzes erschienen waren.

Die Preise für ausländisches Gemüse.

Eine Erklärung der Reichsstelle für Obst und Gemüse.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst nimmt nun zu den in den letzten Tagen erhobenen Vorwurf, daß der Gemüsewucher von neuem beginne, Stellung. Es wurde erwähnt, daß die Reichsstelle in Holland günstige Abschlüsse erzielt habe, die es ermöglichen, reichliche Mengen von Frühgemüse auf den deutschen Markt zu bringen. Zugleich wurde aber über die hohen Preise des auf diesem Wege nach Berlin gelangenden Spinats geklagt und dies darauf zurückgeführt, daß die Reichsstelle für das ausländische Gemüse keine Höchstpreise, weder für den Großhandel, noch für den Kleinhandel festgesetzt, vielmehr die Preisregelung den Gemeinden vorbehalten habe. Die Berechtigung dieser Ausführungen und der daraus sprechenden ernsten Sorge wird von der zuständigen Stelle im allgemeinen anerkannt. In Wirklichkeit aber hat die Reichsstelle für Gemüse und Obst keineswegs auf eine Regelung der Preise für das in Rede stehende ausländische Frühgemüse verzichtet. Sie setzt vielmehr hierfür Verkaufspreise fest, die der Großhändler bei der Abgabe an den Kleinhändler einzuhalten hat. Diese Preise werden in kurzen Zwischenräumen entsprechend den lebhaften Preisschwankungen auf dem ausländischen Markt jeweils neu festgesetzt. Sie waren naturgemäß noch vor kurzer Zeit erheblich höher als gegenwärtig und haben sich neuerdings derart gestaltet, daß beispielsweise seit Sonnabend die deutschen Märkte angewiesen sind, im Großhandel den Spinat mit 50 Pfennig für das Pfund zu berechnen.

Die Reichsstelle hat weiterhin Veranlassung genommen, eine sachgemäße Ueberwachung der Preisbildung zu sichern. Zu diesem Zweck hat es die Abteilung des Kriegsamtes für Volksernährung übernommen, in den Städten, in denen das holländische Frühgemüse zum Verkauf gelangt diesen Handelszweig zu überwachen. Uebrigens kommen an holländischem Frühgemüse zur Zeit außer Spinat auch Schlangengurken, Radieschen und Möhrchen in Frage. Für alle diese Waren sind Großhandelspreise in der schon angegebenen Weise vorgesehen. Falls das Wetter einigermaßen günstig bleibt, kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Preise für die bezeichneten Frühgemüse einen weiteren Rückgang erfahren, da eine fortdauernde Steigerung der Zufuhr zu erwarten ist. Es erscheint die Gefahr, daß sich ein Preiswucher mit holländischem Frühgemüse entwickeln könnte, im allgemeinen ausgeschlossen. Im übrigen ist zu betonen, daß in Sachen der Volksernährung von den vorhandenen Möglichkeiten der Selbsthilfe zu wenig Gebrauch gemacht wird. Es empfiehlt sich, in den Fällen, in denen unangemessen hohe Preise vorkommen, den Sachverhalt möglichst genau festzustellen und ihn der zuständigen Preisprüfungsstelle schleunigst mitzuteilen, die in jedem Falle für alsbaldige Untersuchung der Angelegenheit und gegebenenfalls für Abhilfe sorgen wird.

Die Kugenkäufe der Stadt Berlin.

Die Verhandlungen über den Erwerb von Kugen der Gewerkschaft Trier I—III (Zechen Radbod und Baldur) sind, wie uns gemeldet wird zwischen dem Magistrat und dem A. Schaafhausenschen Bankverein soweit zum Abschluß gekommen, daß sich die Stadtverordnetenversammlung nunmehr mit der Frage noch in dieser Woche beschäftigen kann. Die Frist, bis zu der die Gemeindebehörden den Kaufvertrag vollziehen können, ist, wie schon gemeldet, verlängert worden. Die Westfälische Kohlenverkaufsgesellschaft m. b. H. und das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat haben sich bereit erklärt, der Stadt Berlin insofern entgegenzukommen, als sie ihr gestatten wollen, größere Mengen Kohlen und Koks noch während der Dauer des Syndikats, also bis 1. April 1922, von der Gewerkschaft Trier I—III syndikatsfrei zu beziehen. — An sich hat sich die Gewerkschaft Trier durch ihren Beitritt zum Kohlensyndikat verpflichtet, demselben ihre gesamte Kohlenproduktion zu liefern. Erst mit dem Ende des jetzt laufenden Syndikatsvertrages, also am 31. März 1922, würde die Gewerkschaft Trier in der Verfügung über ihre Kohlen wieder frei werden, und sie könnte alsdann ihre Lieferungen an die Stadt Berlin nach deren Wünschen und Bedürfnissen einrichten. Da indes anzunehmen ist, daß die Stadt auch dann nicht die ganze Produktion in allen von Trier geförderten Kohlensorten für sich selbst benötigen wird, ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Zeche selbst im Falle des Ueberganges ihrer Kugenmajorität an die Stadt Berlin einem neuen Kohlensyndikat mit

---

Schweizer Nationalliteratur. Die Schweizer Schriftsteller französischer und deutscher Sprache haben sich, wie unser Korrespondent meldet, in Genf zu einer sehr merkwürdigen Jahresversammlung zusammengefunden. Denn sie beriet mit bedeutsamem Eifer über die Frage, welche Kräfte ihnen zur Verfügung ständen, um die „Schweizer Nationalliteratur" auch durch den Schweizer Buchhandel der lesenden Welt zu übergeben. Dabei machte sich in deutschen und welschen Schweizer Gebiet überall der Wunsch nach einer starken Nationalisierung des eidgenössischen Federn bemerkbar. Man will nicht mehr von Stuttgart und Leipzig oder Paris abhängen; man will sich dem Schutz landsmännischer Verleger anvertrauen. Der Züricher Kritiker Eduard Corrodi sprach in Genf mit jener kultivierten Vorsicht, die ihn auszeichnet, zu dem Probleme, und er glaubte, daß die unruhige Gegenwart einer derartigen Neigung seiner helvetischen Kameraden keineswegs hinderlich sei. Wenn man seine Gedanken behutsam überlegt, so scheint es wirklich, daß einige der besten deutschschweizer Schriftsteller es wohl vertragen und sogar verdienen, in eine besondere Gemeinschaft solcher Männer aufgenommen zu werden, die man mit einem etwas großspurigen Worte „Nationaldichter" nennen dürfte. Corrodi hütete sich sehr, den massiven Ausdruck „Nationalliteratur" zu gebrauchen.

Er könnte es aber nicht hindern, daß er trotzdem falsch verstanden wurde. Von einem Quedlinburger Verleger Gotthelfs erzählte er, und daß manch Emmenthaler „urchige" Vokabel des Schweizer Erzählers den deutschen Buchdruckern wie Chinesisch geklungen hat. Einige welsche Kollegen des Züricher Redners wollten das nun um jeden Preis so auffassen, als wenn die Deutschen alleszeit von Schweizer Dichtung nur so viel begriffen hätten wie die Chinesen. Solche Entgleisung national verdrehter Köpflein hinderte die welschschweizer Dichter übrigens nicht, als willkommene Festgabe das lyrische Klagebuch des deutschschweizer Dichters S. D. Steinberg vom „Untergang" hinzunehmen. Der „Zeitgeist" hat die Verse vom „Untergang" seinerzeit veröffentlicht, und nun ist um diese weinende Phantasie der Glückszerstörung eine Reihe von traurigtröstlichen Mitleidspoesien gruppiert, die eine sanfte Vornehmheit des Gemütes und eine mit Kunstsinn ausgeübte Menschenliebe des Züricher Dichters Steinberg in erfreuliches Licht setzen. Das Büchlein ist bei Rascher & Co. in Zürich erschienen.

⊙ **Kleine Mitteilungen.** Ueber Heldenkämpfe und Untergang unseres Kreuzergeschwaders wird Kapitänleutnant a. D. von Weber in der Urania am 5. Mai sprechen. — Am 5. Mai lesen Margarete Huch und Berta Last im Saale des Lyzeumklubs aus eigenen Dichtungen vor.

⊙ **Aus der Kunstwelt.** Die Berliner Akademie der Künste hat zum auswärtigen Mitglied ihrer Sektion für die bildenden Künste Professor Peter Halm, den bekannten Münchner Graphiker, gewählt.

h. a. Das Schiller-Theater O. gab gestern „Tartüff" und „Sganarell" von Molière in einer beachtenswerten Aufführung. Berlin hat damit neue Gelegenheit bekommen, sich mit dem großen französischen Dramatiker zu beschäftigen. Nach der Kreuzung Molières mit Sternheim im Deutschen Theater erschien im Schiller-Theater ein rassereiner Molière in der eleganten Uebersetzung Ludwig Fuldas, der es ausgezeichnet verstanden hat, in die strenge Form gereimter fünffüßiger Jamben den natürlichen Ton der Unterhaltungssprache zu bringen. Auf diesen Vorzug gingen die Schauspieler mit lebendiger Abwechslung ein, und die Spielleitung Adolf Kurths gab dem Ganzen einen flotten Zug, obwohl es ein wenig ermüdet, fünf Akte ohne eine Minute Pause vorbeilaufen zu sehen. Eine andere Gefahr war die Zugabe des „Sganarell", der manche Motive mit dem „Tartüff" gemeinsam hat. Aber der „Sganarell" wurde possenhafter gespielt, und das war richtig.

Karl Elzer machte den Orgon durch persönliche Tönung zur Hauptfigur des Tartüff und faßte auch den komischen Sganarell, den gappeligen, recht glücklich an. Ebenso possierlich war als Frau Sganarell Erika Aymgau, die vorher als das gewecke Kammermädchen Erfolge hatte. Der Tartüff Karl Noacks war nicht mißraten. Olga Mahr ist eine gefällige Liebhaberin, und der Else Wasa liegt das Verführerische stets. Karl Boese war originell. Richard Kirsch begleitete eine sein durchgebildete Deklamation mit etwas unbeholfenen Armbewegungen.

Auswärtige Theater. „Fahrende Musikanten", dreiaktiges Singspiel von Hans Gaus, nach der Musik von Robert Schumann, von dem früheren königlichen Hofkapellmeister Johannes Doebber (Hannover) für die Bühne bearbeitet, wurde im Kasseler Hoftheater in Gegenwart der beiden Autoren zum erstenmal aufgeführt. Diese Erstaufführung war in Wirklichkeit eine Uraufführung, denn Regisseur Hermann Beyer, der verdienstvolle künstlerische Leiter der Kasseler Oper, hatte das ganze Werk musikalisch-dramatisch von Grund aus umgearbeitet. Die Aufnahme in Kassel war sehr günstig. Das Publikum war durch die Pracht der Inszenierung und durch den glücklichen Ausgang gefangengenommen und froh, durch seinen Beifall dieser Empfindung Ausdruck leihen zu können. — Barbara Kemp vom Berliner königlichen Opernhaus hat bei ihrem letzten Gastspiel in Frankfurt a. M. als Senna im „Fliegenden Holländer" und als Salome einen ungewöhnlich starken Erfolg gehabt.

Theaterchronik. In der Volksbühne (Theater am Bülowplatz) geht am nächsten Dienstag Gerhart Hauptmanns „Elga" als letzte Erstaufführung in dieser Spielzeit zum ersten Male in Szene.

Das Berliner Residenztheater erwarb „Frau Dulskas Moral", die in Polen vielgespielte Komödie der Verfasserin der „Warschauer Zitadelle" Gabryela Zapolska.

Himmelserscheinungen im Mai. Die Tageslänge nimmt, dem Weiterwandern der Sonne nach Norden entsprechend, im Mai noch beträchtlich zu. Der Unterschied zwischen Anfang und Ende des Monats beträgt fast 1½ Stunden. Die Hauptphasen des Mondes finden statt: Neumond am 21., erstes Viertel am 29., Vollmond am 7., letztes Viertel am 14. Mai. Von den Planeten ist bloß Saturn im Standbild der Zwillinge sichtbar. Er geht gegen Mitternacht unter. Die Bilder des Fixsternhimmels sind für den Anfang des Monats um 12, für das Ende um 10 Uhr abends (Sommerzeit) auf den beistehenden Kärtchen angegeben. Gerade im Zenit finden wir den Großen Bären, unter ihm, nach Norden, den Kleinen Bären mit dem Polarstern, noch tiefer die Kassiopeia. Nach Osten schließen sich der Schwan und die Leier mit Wega an. Im Süden steht der Bootes mit dem rötlichen Arktur, tiefer die Jungfrau mit Spika und der Rabe. Im Südosten ist der Storpion im Aufgehen, darüber sieht man die ausgedehnte Konstellation des Ophiuchus, noch höher den Herkules und die Krone. Der Westhimmel endlich ist durch die glänzenden Sternbilder des Löwen, der Zwillinge und des Fuhrmanns ausgezeichnet.

Zu Professoren in der neuen theologischen Fakultät der Universität Warschau wurden, wie unser Korrespondent telegraphiert, ernannt: die Professoren Szczepanski und Michalski aus Krakau, Kanonikus Szlagowski, Kammerherr Sokolowski und die Prälaten Florczak und Szczepaniak, sämtlich in Warschau. Die Ernennung von zwei Mitgliedern der Fakultät, für die acht Professoren in Aussicht genommen sind, steht noch aus.

Wissenschaftliche Nachrichten. Dr. med. Wilhelm Rubsamen ist zum Lehrer- und Stellvertreter des Direktors der königlichen Frauenklinik in Dresden berufen worden.

In der medizinischen Fakultät in Heidelberg habilitierten sich die Assistenten Dr. H. Eymer und Dr. A. Meyer. Der Assistent am chemischen Laboratorium in Heidelberg Dr. Ernst Schrader ließ sich in der naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät nieder.

Das Leipziger Gewandhausorchester und Artur Nikisch verabschiedeten sich von Zürich mit einem Konzert im ausverkauften Saal der Tonhalle. Vor allem Beethovens Egmontouvertüre und die Symphonie Pathétique von Tschaikowsky riefen in der unvergleichlich vollendeten Ausführung unter Nikischs genialer Leitung unvergeßliche Eindrücke und kaum je gehörte Beifallsstürme hervor. Die gesamte Schweizer Presse ist einmütig in höchster Anerkennung.

Der Krieg Amerikas gegen deutsche Musik. Aus Lugano telegraphiert unser Korrespondent: Nach einer Depesche des „Corriere della Sera" aus New-York wurden Humperdinck und Strauß von der Metropolitanoper ausgeschlossen. Direktor, Sänger und die deutschen Musiker dagegen dürfen bleiben, „solange sie sich gut führen."

einer Verbrauchsbeteiligung und einer Verkaufsbeteiligung — ähnlich wie das bei den Hüttenzechen und bei dem preußischen Fiskus der Fall ist — wieder beitreten wird.

Großfeuer in einer Villa am Halensee.

Ein Feuerwehrmann getötet. — Zwei schwer verletzt.

In der letzten Nacht gegen 12 Uhr entstand in der Margaretenstraße 5 am Halensee, in der Nähe der großen Terassen, ein Dachstuhlbrand, der die Feuerwehren von Grunewald und Wilmersdorf mehrere Stunden beschäftigte. Als die Ortswehr am Brandorte eintraf, bildete der Dachstuhl der Villa ein großes Feuermeer. Durch den Feuerschein, der den Himmel in weitem Umkreise rötete, war auch die Wehr von Wilmersdorf alarmiert worden. Mit vereinten Kräften wurde nun das Feuer mit fünf Schlauchleitungen angegriffen, aber erst gegen 5 Uhr früh konnte die Ablöschung beendet werden. Der gesamte Dachstuhl wurde eingeäschert. Bei der Löschung des Brandes fand ein junger Feuerwehrmann der Wilmersdorfer Wehr den Tod. Eine einstürzende Giebelwand begrub ihn unter sich; er konnte erst nach einer Stunde als Leiche unter den Trümmern hervorgezogen werden. Zwei weitere Angehörige der Wilmersdorfer Feuerwehr erlitten schwere Verletzungen.

Keine Beschlagnahme der Honigernte. Die Reichszuckerstelle hat den Kommunalverbänden folgendes Rundschreiben zugehen lassen: „Nach Mitteilungen von verschiedenen Seiten hat die auf die Anordnung des Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamts an die Zuweisung von Zucker zur Bienenfütterung geknüpfte Bedingung, daß die Zucker empfangenden Bienenzüchter sich verpflichten müssen, ihre Honigerzeugung nach näherer Bestimmung der Reichszuckerstelle zu einem noch festzusetzenden Preise an eine noch zu bezeichnende Stelle abzuliefern, in Imkerkreisen Beunruhigung hervorgerufen. Auf Anordnung des Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamts wird mitgeteilt, daß ein so weitgehender Eingriff nicht beabsichtigt ist. Es kann sich nur darum handeln, erforderlichenfalls die Menge zu erfassen, zu deren Veräußerung der Imker bereit ist. Auch dies wird nur so weit in Erwägung zu ziehen sein, als es erforderlich ist, zu verhüten, daß der Honig Gegenstand der Spekulation und Preistreiberei wird. Die Imker können auch, soweit sie zur Abgabe des Honigs angehalten werden sollten, damit rechnen, daß sie einen angemessenen Preis erhalten. Der für die zu übernehmenden Mengen festzusetzende Uebernahmepreis würde den Preisprüfungsstellen eine Handhabe bieten, den Handel mit Honig zu überwachen und auch die im freien Verkehr zulässigen Preise in angemessenen Grenzen zu halten."

Die Dampflastzüge im Dienste des „Berliner Tageblatt". Die neuen Dampflastzüge, die, wie mitgeteilt, zur Hebung der Transportschwierigkeiten vor einigen Tagen polizeilich für den Verkehr in den Straßen zugelassen wurden, sind heute zum ersten Mal öffentlich in Betrieb gesetzt worden, und haben für den Verlag Rudolf Mosse große Papierrollen von den Güterbahnhöfen zur Druckerei befördert. Das neue Verkehrsmittel rief überall großes Aufsehen hervor. Es besteht aus einer Lokomotive mit großen breiten Rädern und mehreren großen Lastwagen, die Papierrollen im Gewicht von etwa 40 000 Kilo zur Druckerei brachten. Durch praktische Ausladevorrichtungen wurde das Abladen in kurzer Zeit erledigt, und in Begleitung einer zahlreichen Zuschauermenge verließ der leere Zug wieder die Schützenstraße.

Personalnachrichten. Direktor S. Hamburger in Charlottenburg, der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Rohpappenfabrikanten, ist vom Reichskanzler zum Mitglied des Beirates des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft ernannt worden.

Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe haben erhalten: der Rechnungsführer der „Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen", Richard Schacht, die königliche Schauspielerin Fanny Rheinen, die langjährige Leiterin des Dr. H. Neumannschen Kinderhauses, Frau Klara Birnbaum.

Große Fleischdiebstähle und Schiebungen mit Fleisch wurden in einer Konservenfabrik, die auf dem Berliner städtischen Schlachtviehhof Räumlichkeiten gemietet hat, aufgedeckt. Schon seit längerer Zeit wurden beträchtliche Mengen von Fleisch vermißt, ohne daß man deren Verbleib ermitteln konnte. Gestern ist endlich festgestellt worden, daß mehrere in der Konservenfabrik beschäftigte Personen mit Einverständnis der Kutscher von den vollbeladenen Wagen Fleisch in großen Mengen stahlen und es dann an Berliner Restaurateure und andere Geschäfte zu hohen Preisen weiter verkauft haben. Drei Personen wurden gestern bereits verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Bezugsscheine für österreichisch-ungarische Staatsangehörige. Die Abteilung „Frauenhilfe" des Oesterreichisch-Ungarischen Hilfsvereins hat vom Polizeipräsidium Berlin die Genehmigung erhalten, gegen Ablieferung getragener Kleidungsstücke und Schuhe Abgabebescheinigungen auszustellen, die zur Erlangung von Bezugsscheinen berechtigen. Oesterreichisch-ungarische Staatsangehörige werden von der Frauenhilfe gebeten, derartige Gegenstände, die Angehörigen österreichisch-ungarischer Kriegsteilnehmer und diesen selbst unentgeltlich gespendet werden sollen, bei der Annahmestelle, Bülowstraße 93, II, die jeden Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 6 Uhr geöffnet ist, abzuliefern. Sollte die Ablieferung nicht möglich sein, werden die Sachen auf vorherige schriftliche Anzeige auch abgeholt.

Mädchenmord in Spandau. Ein schweres Verbrechen ist in Spandau verübt worden. Am Lindenufer wurde ein junges Mädchen in einer Blutlache am Boden liegend aufgefunden. Es gab nur noch ganz schwache Lebenszeichen von sich. Sein Kopf wies schwere Verletzungen, die von Messerstichen herrührten, auf. Die Schwerverletzte wurde nach dem städtischen Krankenhaus geschafft, wo sie bald nach der Aufnahme, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, starb. Sie wurde als die 19 Jahre alte unverehelichte Anna Schreiber aus Berlin-Lichtenberg, Müggelstraße 19 erkannt. Wie Augenzeugen bekundeten, war sie mit einem Manne kurz vor der Tat auf der Straße in Streit geraten und wahrscheinlich von diesem erstochen worden. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Tödliche Eisenbahnunfälle. Auf dem Spandauer Hauptbahnhof wurde der im Bahndienst tätige Hilfsdienstpflichtige Arbeiter Schulz beim Ueberschreiten der Gleisanlagen von einem einfahrenden Zuge überfahren und getötet. — Auf dem Bahnhofe in Staaken stürzte eine Schaffnerin bei der Abfahrt des Zuges vom Trittbrett ab, geriet zwischen den Bahnsteig und Trittbrett, und wurde einige Meter weit mitgeschleift. Sie erlitt hierbei so schwere Verletzungen, daß sie wenige Minuten später verschied.

Enteignung von unbebautem Ackerland. Im Kreis Verden an der Aller wurden einem Privat-Telegramm zufolge einem Gutsbesitzer 15 Morgen Ackerland, das unbestellt geblieben ist, enteignet und öffentlich verpachtet.

Preistreiberei mit Metallen. Die Strafkammer in Nürnberg verurteilte, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, den Kaufmann Rudolf Ansbacher, der für eine Frankfurter Firma in Nürnberg heimlich Metalle aufkaufte, wegen Preistreiberei zu einem Monat Gefängnis und 3020 Mark Geldstrafe.

Der Dank Stallupönens an seine Patenstadt. Der Landrat der Kreisstadt Stallupönen, der Patenstadt Kassels, hat, einem Privat-Telegramm zufolge, der Stadtverwaltung Kassel als Dank für verschiedene Patengeschenke, siebzig Zentner Speck zur Verteilung an die Schwerarbeiter überlassen.

Die Vorlage zum Rhein-Herne-Kanal angenommen.

Die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses.

91. Sitzung, Mittwoch, 2. Mai.

Am Ministertische: v. Breitenbach, Lentze, Sydow, v. Loebell.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Eine wasserwirtschaftliche Vorlage.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Gesetzentwurf zur Bereitstellung weiterer Staatsmittel für Wasserbauten. Zur Herstellung einer zweiten Mündung des Rhein-Herne-Kanals in den Rhein sollen 13 Millionen 200 000 Mark ausgeworfen werden.

Eisenbahnminister **v. Breitenbach:** Die Verkehrssteigerung macht sich vorwiegend in der Richtung zum Rhein hin geltend. Die bisherige Mündungsschleuse ist an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen, obwohl die zuständigen Stellen während des Krieges eine große Zahl von Einrichtungen getroffen haben, um die Leistungen auf das äußerste zu heben. Wandel kann nur durch Erbauung einer zweiten Mündungsschleuse geschaffen werden. Die neue Schleuse soll 53 Meter lang und 13 Meter breit werden, während die Schleusen des Rhein-Herne-Kanals nur 10 Meter breit sind. Die Stadt Mühlheim baut zurzeit einen eigenen Schiffahrtskanal. Damit die neue Schleuse dieselben Abmessungen hat, ist ein Zuschuß von 150 000 Mark zu den Baukosten zu leisten. Der Rhein-Herne-Kanal hat die an seinen Bau geknüpften Erwartungen voll erfüllt und eine sehr gute Entwicklung genommen, vor allem hat er die Staatseisenbahnen merklich entlastet.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich sagen, daß der Betrieb der Staatseisenbahnen zur Zeit als durchaus ordnungsmäßig bezeichnet werden kann und sich ganz gleichmäßig abwickelt. Auch der Fahrzeugpark ist im wesentlichen wieder in Ordnung. Der Lokomotivenbestand hat sich nennenswert verbessert. Der Reparaturstand ist dauernd günstig. Die Staatseisenbahnen verfügen augenblicklich über einen reichlichen Betriebs- und Lokomotivpark, der den derzeitigen großen Ansprüchen des Verkehrs genügt. In noch höherem Maße gilt das für den Güterwagenpark, der zur Zeit nicht in dem Umfang ausgenutzt wird, wie es vielleicht nützlich und wünschenswert wäre. (Hört! hört!) Diese große Verkehrsanstalt hat also trotz schwerster Anstrengungen die innere Kraft, sich immer wieder aufzurichten. Das gibt uns die Zuversicht, daß sie bis zum letzten Augenblick ihre Pflicht dem Vaterland gegenüber erfüllen wird. Den großen Verkehrsbetrieben unserer Feinde sind wir im Kriege und, wie ich zuversichtlich hoffe, auch im folgenden Frieden auf diesem Gebiet erheblich überlegen. (Lebhafter Beifall.)

Bei früheren Gelegenheiten ist im Hause wiederholt der Anspruch erhoben worden, für die Erbauung einer zweiten Schleuse Sorge zu tragen. Ich würde es deshalb dankbar und mit Freuden begrüßen, wenn das Haus die Zumutung, den vorliegenden Gesetzentwurf ohne Verweisung an den Ausschuß anzunehmen, berechtigt fände und ihm ohne weiteres seine Zustimmung gäbe. (Beifall.)

Abg. **Schwecendieck** (Natl.) begrüßt die Vorlage mit Freuden und erklärt sich mit ihrer Annahme ohne Ausschußberatung einverstanden.

Abg. Graf **v. d. Groeben** (Kons.) schließt sich dieser Erklärung an. In Friedenszeiten wäre eingehende Prüfung nötig gewesen.

Abg. Graf **Moltke** (Freik.) beantragt Ausschußberatung.

Abg. **Schmedding** (Zentr.) schließt sich an. Die Ankündigung dieses Gesetzentwurfs ist im Hauptausschuß von allen Seiten begrüßt worden.

Abg. **Waldstein** (Fortschr. Vp.): Sofortige Verabschiedung ist nötig, damit die günstige Bauzeit des Sommers ausgenutzt wird. Wir begrüßen die erfreulichen Mitteilungen des Ministers über die Lage des Eisenbahnbetriebs. Hoffentlich bleibt uns durch rechtzeitige Transporte eine solche Kohlennot wie in diesem Winter im nächsten erspart.

Unter Ablehnung des Antrages Moltke wird die **Vorlage** in erster und zweiter Lesung **angenommen.**

Abg. **Schaube** (Freik.) will der sofortigen Vornahme der dritten Lesung widersprechen.

Präsident Graf **Schwerin** macht darauf aufmerksam, daß auch die dritte Lesung gestern mit Zustimmung des Hauses auf die heutige Tagesordnung gestellt wurde.

Abg. **Schaube** (Freik.): Wir haben das gestern nicht verstanden.

Abg. **Adolf Hoffmann** (Soz. Arb.): Das wäre nicht ausschlaggebend, aber die Vorlage ist uns doch erst heute zugekommen, und nun soll sie in allen drei Lesungen angenommen werden. Ich bezweifle, ob bei der Wahlrechtsvorlage ebenso verfahren werden würde. (Heiterkeit.) In Zukunft müßte der Präsident darauf aufmerksam machen, daß die Vorlage noch nicht verteilt ist.

Präsident: Ein geschäftsordnungsmäßiger Widerspruch ist nach Lage der Dinge nicht zulässig.

Ein Antrag auf Absetzung der dritten Beratung wird gegen wenige Stimmen abgelehnt und der Gesetzentwurf gegen einige Mitglieder des Zentrums und der Freikonservativen verabschiedet.

Ein schleuniger Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik ersucht die Staatsregierung, den eingezogenen Beamten, Lehrern, auf Privatdienstvertrag Angestellten und Arbeitern die Kinderbeihilfen auch dann zu gewähren, wenn sie Unteroffizierlöhnung beziehen.

*

Der **Justizausschuß des Abgeordnetenhauses** beriet über das Haltekinderwesen auf Grund eines im Plenum gestellten Antrages auf reichsgesetzliche Regelung dieser Frage zur Sicherung einwandfreier Pflege der Haltekinder und Beaufsichtigung der Ziehmutter. Der Ausschuß gab dem Antrag nach längerer Beratung die Form, daß bis zur reichsgesetzlichen Regelung die Landesbehörden alles tun sollen, um die Lage der Haltekinder in jeder nötigen und möglichen Weise zu bessern.

Petitionen der Justizkanzleigehilfen um günstigere Regelung ihrer Dienstverhältnisse werden der Staatsregierung als Material überwiesen.

* * *

Die fortschrittlichen Vertreter im Verfassungsausschuß.

Zu Mitgliedern des Verfassungsausschusses sind von der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei heute die Abgeordneten Dr. Pachnicke, Dr. Müller-Meiningen und Haußmann gewählt worden. Als Stellvertreter wurden bestimmt die Abgeordneten Dr. Naumann, v. Payer und Waldstein. Die letztgenannten Herren werden für besondere Fragen in der Reihenfolge, wie sie hier angeführt sind, als Stellvertreter in den eigentlichen Ausschuß eintreten.

*

Die sozialdemokratische Fraktion entsendet, dem „Vorwärts" zufolge, in den Verfassungsausschuß folgende Mitglieder: Scheidemann, Dr. Gradnauer, Dr. David, Hoffmann-Kaiserslautern, Heine und Dr. Landsberg. Den Vorsitz im Verfassungsausschuß wird Genosse Scheidemann führen.

*

Der Reichstagsabgeordnete Otto Landsberg bespricht in einem Artikel des „Vorwärts" die **Aufgaben, die die Sozialdemokratie den Verfassungsausschuß** unterbreiten wird. An erster Stelle nennt er die Reform des Wahlrechts im Reich und in den Einzelstaaten. Ein Wahlsystem, das sozialdemokratischen Ansprüchen völlig genügen soll, müsse beiden Geschlechtern Stimmberechtigung zugestehen und die Minderheiten berücksichtigen. Ferner müsse der Ausschuß, abgesehen von der Frage des parlamentarischen Systems, den ersten Spatenstich zur Begrabung verjährter Gesetzesbestimmungen, wie des § 153 der Gewerbeordnung, des Jugendparagraphen des Vereinsgesetzes und der Koalitionsverbote gegen ländliche Arbeiter und Gesinde tun. Auch müsse er die auf dem Papier stehende Ministerverantwortlichkeit im Reiche in eine wirkliche umwandeln helfen.

Man nimmt übrigens in parlamentarischen Kreisen an, daß der Verfassungsausschuß gegebenenfalls auch über Pfingsten hinaus seine Verhandlungen fortsetzen wird, selbst wenn der Reichstag zu Pfingsten vertagt werden sollte.

Letzte Nachrichten

* Die polnischen Blätter melden die bevorstehende Ernennung des Warschauer **Erzbischofs Kakowski** zum Kardinal für Polen.

Kopenhagen, 2. Mai. „Berlingske Tidenden" meldet aus **Stockholm:** Die Hafenverwaltung beschloß den Bau eines **neuen Hafens** und forderte die sofortige Bewilligung der ersten Rate von 500 000 Kronen zur Deckung der Kosten in diesem Jahre.

Bevorstehender Rücktritt des englischen Marineministers.

London, 2. Mai. (Reuter.)

„Times" glaubt zu wissen, daß Carson bald die Admiralität verlassen dürfte infolge von Angriffen, die auf ihn gerichtet wurden. Diese bezogen sich jedoch auf die politischen Streitigkeiten und keineswegs auf die Marine. Es bestehen auch keine Meinungsverschiedenheiten zwischen Carson und seinen Kollegen in der Admiralität. Die „Times" fügt hinzu, daß die Regierung wahrscheinlich die Veröffentlichung der Schiffsverluste in der gegenwärtigen Form aufgeben wird, da sie im Unterhause allgemeine Mißbilligung gefunden hat. — Nach der „Daily Mail" ist Lloyd George im Begriff, die Marineverwaltung umzuändern. Wichtige Aenderungen sind bereits in Kraft getreten.

Ein Wiener Theaterprozeß.

Die Beleidigungsklage des Direktors Carl Wallner.

(Privat-Telegramm für das „Berliner Tageblatt".)

k. Wien, 2. Mai.

Unter mäßiger Beteiligung des Publikums begann heute die Verhandlung über die Ehrenbeleidigungsklage, die der Direktor des Deutschen Volkstheaters Carl Wallner gegen den Redakteur Maximilian Schreier angestrengt hat. Auch in ernsten Bühnenkreisen herrscht die Auffassung vor, daß in diesen ernsten Kriegstagen Theaterprozesse zu den überflüssigen Dingen gehören.

Der Angeklagte erklärte, er habe Wallner angegriffen, weil dieser versprochen habe, das Theater vom idealen Standpunkt zu leiten, jedoch durch sein Verhalten gezeigt habe, daß er von Profitgier erfüllt sei. Denn er habe Massenkündigungen vorgenommen, Honorare gekürzt und Abzüge gemacht. Direktor Wallner gab dann an, er habe das Theater in der Tat nicht übernommen, um Geld zu machen, sondern um das Institut künstlerisch zu heben. Wallner versicherte, trotz hoher Einnahmen werde er die Saison mit einem großen Defizit abschließen. Die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen seien unbegründet.

Der als Zeuge vernommene Präsident der Bühnengenossenschaft Gustav Rickelt deponierte: Er habe seinerzeit Wallner empfohlen. Seither habe sich aber seine Ansicht über ihn geändert. Er habe wiederholt gegen ihn auftreten müssen, um die Rechte der Mitglieder des Deutschen Volkstheaters zu schützen.

Das Hauptinteresse konzentriete sich am heutigen Verhandlungstag auf

die Vernehmung von Claire Wallentin.

Während dieser Vernehmung war die Oeffentlichkei[t] ausgeschlossen. Frau Wallentin gab an, Wallner habe ih[r], als sie wegen Verlängerung des Vertrags bei ihm erschien, erklär[t], er könne nicht dulden, daß sie ein Verhältnis habe, sie könne zeh[n] Verhältnisse haben, aber nicht eins. Alle hervorragenden Schauspielerinnen seien Priesterinne[n] der Liebe, und darum übten sie große Anziehungskraft auf da[s] Publikum aus. Sie habe ironisch erwidert, sie könne dem Wunsch des Direktors nicht nachkommen, weil alle Herren an der Front seien.

Weiter erzählte Frau Wallentin: Der Direktor Wallner habe, als er einmal Regie führte, von ihr verlangt, sie solle eine Szen[e] in einer Weise spielen, die mit sittlichen Begriffen nicht zu vereinbare[n] war.

Auf eine Frage des Präsidenten antwortete die Zeugi[n], sie habe den Eindruck gewonnen, daß Wallner wünschte, seine Künst[-]lerinnen mögen viele Liebhaber haben, damit möglichst viele Leut[e] das Theater besuchen.

Der Präsident: „Sie haben sich aber gegen eine solche Zu[-]mutung nicht verwahrt, sondern dem Direktor eine heitere Antwor[t] gegeben."

Frau Wallentin: „Ich konnte nicht antworten, wie ich wollt[e], denn ich bin die wirtschaftlich Schwächere."

Direktor Wallner, der hierauf als Zeuge vernommen wurd[e], erklärte, es sei ihm nicht im Traum eingefallen, von Frau Wallenti[n] zu verlangen, sie solle möglichst viele Liebhaber haben, damit die[se] sein Theater füllen. Wenn er auf die Liebhaber der Frau Wallenti[n] angewiesen wäre, müßte er das Theater sperren. Er habe nur g[e]meint, das Verhältnis, das sie habe, tauge nichts. Bedeutende Schau[-]spielerinnen hätten zehn Verhältnisse gehabt, sie seien Priesterinnen der Liebe gewesen und hätten deshalb da[s] Publikum interessiert; er wundere sich, daß Frau Wallenti[n] heute so zimperlich sei, denn es sei bekannt, daß sie Reden führe, d[ie] er gar nicht wiedergeben könne. Wallner schloß: „Frau Wallenti[n] verfolgt mich, seitdem ich sie nicht wieder engagiert habe; sie, d[ie] Hetzerin, ist die Ursache, daß ich hier stehe."

Auf eine Frage des Verteidigers erklärte Frau Wallentin, [sie] halte ihre Aussage aufrecht, was Wallner sag[t], sei Lüge.

Der Präsident: „So dürfen Sie hier nicht sprechen.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegen[d]:
Ein wenig kühler, zeitweise heiter, jedoch vorherrschend wolkig mit geringe[n] Niederschlägen

Verantwortliche Redakteure: für Politik: Erich Dombrowski-Lichterf[e]lde; f[ür] Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdor[f]; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für den Roman: Bernhar[d] Jolles-Berlin; für die Handelszeitung: Dr. jur. Felix Pinner-Friedena[u]; für den übrigen Teil des Blattes Albert Pitz-Charlottenburg; für [...]
Inserate: Robert Franke-Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts.

Nummer 222. Berlin, Mittwoch, 2. Mai 1917 (Abend). 1. Beiblatt.

Verlängerung fällig gewordener Hypotheken.

In einem Bericht, den der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes (Sonderausschuss für Hypothekenbankwesen) kürzlich dem Staatssekretär des Innern erstattet hat, ist eine Uebersicht über die Bedingungen enthalten, zu denen die Hypothekenbanken während des Krieges die Verlängerung fällig gewordener Hypotheken vorgenommen haben. Die Statistik umfasst 29 Hypothekenbanken, bei denen von Kriegsbeginn an bis zum Ablauf des Jahres 1916 im ganzen 22072 Prolongationen durchgeführt worden sind. Davon entfallen 12385 Verlängerungen auf 10 Jahre (56 pCt. der Gesamtzahl), 6255 Verlängerungen auf kürzere Zeit (28 pCt. der Gesamtzahl) und 3432 stillschweigende Verlängerungen ohne Aenderung der Bedingungen (16 pCt. der Gesamtzahl).

Bei den 12385 Verlängerungen auf 10 Jahre ging der neu vereinbarte Zinssatz in:

	während gleichzeitig an einmaligen Kostenbeiträgen in nachstehenden Fällen Ansprüche erhoben wurden:		
	überhaupt nicht:	bis zu 1%	über 1%
6098 Fällen (49,2 pCt.) nicht über 4½ pCt.	606	3892	1600
in weiteren 6222 Fällen (50,2 pCt.) nicht über 4¾ pCt.	1361	3125	1736
in weiteren 64 Fällen (0,5 pCt.) nicht über 5 pCt. hinaus	27	28	9

Bei den 6255 Verlängerungen auf kürzere Zeit als 10 Jahre ging der neue Zinsfuss

	während gleichzeitig eine einmalige Entschädigung beansprucht wurde in folgenden Fällen:		
	überhaupt nicht:	bis zu 1%	über 1%
in 3476 Fällen (55,6 pCt.) nicht über 4½ pCt.	3262	203	11
in weiteren 1350 Fällen (21,6 pCt.) nicht über 4¾ pCt.	1292	53	5
in weiteren 1355 Fällen (21,6 pCt.) nicht über 5 pCt. hinaus	1264	90	1

Die wenigen Fälle, in denen auch bei kurzfristigen Verlängerungen eine Vergütung beansprucht wurde, betreffen Prolongationen, die vor der auf den Schutz der Hypothekenschuldner hinzielenden Vereinbarung von 27 deutschen Hypothekenbanken vorgenommen wurden. Der dem Staatssekretär erstattete Bericht enthält zu der obigen Statistik u. a. folgende Erläuterungen:

Die angestellten Ermittelungen weisen u. E. zur Genüge zahlenmässig nach, dass, soweit die Hypothekenbanken in Betracht kommen, den Schuldnern gegenüber weitgehende Rücksichten auf die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse genommen werden. Selbstverständlich wird bei Würdigung dieser Feststellungen davon ausgegangen werden müssen, wie der allgemeine Hypothekenzinsfuss in der Zeit vor dem Kriege gewesen ist. Anscheinend bestehen darüber selbst bei Personen, die sich gegenwärtig berufsmässig mit der Behandlung der Fragen des Grundbesitzes beschäftigen, vollständig irrige Anschauungen. Nach dem Kursstande der Pfandbriefe war schon seit 1912, bestimmter noch im Jahre 1913 der allgemeine Hypothekenzinsfuss für 1. Hypotheken auf 4½, vielfach sogar 4¾ und 4¾ pCt. gestiegen. Nach einer von uns veranstalteten Umfrage belief sich der Zinsfuss von 5790 im Jahre 1913 bei insgesamt 29 Hypothekenbanken neubegründeten Hypotheken (ohne Einrechnung der üblichen einmaligen Geldbeschaffungskosten): auf 4½ pCt. bei 4288 Hypotheken = 74,06 pCt. der Gesamtzahl, auf mehr als 4½ pCt. bei 1480 Hypotheken = 25,56 pCt. der Gesamtzahl, auf weniger als 4½ pCt. bei nur 22 Hypotheken = 0,38 pCt. der Gesamtzahl.

Als die Hypothekenbanken im Februar 1916 ihr oben erwähntes Abkommen trafen, waren sie der Ansicht, dass mit der Befristung fälliger Hypotheken bis zum Jahre 1918 den Verhältnissen voll Rechnung getragen werde, weil eine Beendigung des Krieges noch für 1916 erhofft wurde. Nachdem sich diese Hoffnung als trügerisch erwiesen, sind die Vorarbeiten bereits in die Wege geleitet, die eine Ausdehnung des ursprünglichen Abkommens auf eine den Verhältnissen entsprechend weitere Frist bezwecken. Die Hypothekenbanken werden, wie sie versichern, nach wie vor nicht davon zurückstehen, den schwierigen Verhältnissen aller ihrer Schuldner Rechnung zu tragen.

△ Lloyd Georges Rechenfehler.

Gelegentlich der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes in der Londoner City hielt Lloyd George eine Rede, in der er u. a. erwähnte, dass im laufenden Jahre in England 1 Mill. Acres neues Land zur Bestellung gelangt seien, was 2 Mill. To. weitere Nahrungsmittel bedeute. Um sich ein Bild davon zu machen, was die Ziffer von 1 Mill. Acres bedeutet, seien nachstehend die Anbauflächen Englands an Weizen in den letzten Jahren gegenübergestellt:

	Weizenanbau Acres	Weizenernte Qu
1916	2053000	7569000
1915	2335000	9266000
1914	1905000	7815000
1913	1810000	7100000
1912	1970000	7100000

Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre stellte sich in England die Weizenanbaufläche auf 1907000 Acres mit einem Ertrage von 7587000. Gegenüber früheren Zeiten bedeutet das eine gewaltige Abnahme sowohl des Areals als auch der Ernte. Denn zum Beispiel im Jahre 1868 wies England bei einer Anbaufläche von 3937000 Acres eine Weizenproduktion von 17 Mill. Quarters auf. Geht man davon aus, es seien jetzt wirklich 1 Mill. Acres neu mit Weizen bestellt — was ja praktisch gar nicht möglich ist, — so würde England dadurch einen Mehrertrag von höchstens 3763000 Quarters erzielen. Aber angesichts der durch den Krieg geschaffenen schwierigen Verhältnisse ist an eine so hohe Produktionsziffer überhaupt nicht zu denken. Nimmt man einen Ertrag von hoch gerechnet 8 Mill. Quarters an, so würde sich die Weizenernte Englands — falls die 1 Mill. Acres überhaupt ganz mit Weizen bestellt werden — auf rund 10 Mill. Quarters stellen. Was das heisst, geht am besten daraus hervor, dass im Erntejahr 1915/16 England aus dem Auslande 27 Mill. Quarters Weizen und in 1914/15 26,6 Mill. Quarters eingeführt worden sind. In der Zeit vom 1. August 1916 bis 1. Januar 1917 importierte England an Weizen 9,8 Mill. Quarters. Das Defizit in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juli 1917 beträgt alsdann mindestens noch 16—17 Mill. Quarters. Rechnet man die Mehrproduktion von 3 Mill. Quarters ab, so fehlen immer noch 13—14 Mill. Quarters. Wie soll angesichts dieser Fehlmenge ein Mehranbau von 1 Mill. Acres dem Britenvolke aus der Verlegenheit helfen?

Handel und Verkehr.

✱ Giroverkehr mit der Polnischen Landesdarlehnskasse. Zwischen der am 26. v. M. errichteten Polnischen Landesdarlehnskasse in Warschau und der Reichsbank sind Abmachungen wegen eines gegenseitigen Giro- und Auszahlungsverkehrs getroffen worden. Hiernach werden von jetzt ab bei sämtlichen Reichsbankstellen Einzahlungen zur Ueberweisung und Auszahlung in Warschau entgegengenommen. Die in Deutschland in Reichsmark eingezahlten Beträge werden in Warschau in gleicher Höhe in polnischer Mark gutgeschrieben oder ausgezahlt. Die für die Ausführung solcher Aufträge zu zahlende Gebühr beträgt ½ ‰ bei Beträgen bis zu 400000 M. einschliesslich, mindestens 1 M.; bei Beträgen über 400000 M. ermässigt sich die Gebühr für den diese Summe übersteigenden Betrag auf ¼ ‰.

✱ Unwahre Firmenbezeichnungen. Dem Missbrauch, durch Scheinverträge u. dgl. einem geschäftlichen Unternehmen eine nach den Grundsätzen über die Firmenwahrheit unzulässige Firma beizulegen, womöglich gar noch einen Doktortitel oder dergleichen hinzuzufügen, ist kürzlich das Oberlandesgericht Karlsruhe entgegengetreten. In das Handelsregister eines Amtsgerichts war — nach einem in der „Deutschen Juristenzeitung" veröffentlichten Beschlusse — die Firma T.-Werke Dr. Y. u. Co in G. für eine von Kaufmann Friedrich M. neugegründete chemische Fabrik eingetragen. Das Gericht löschte die Eintragung von Amts wegen, als sich herausstellte, dass der Dr. Y. bereits nach sechs Wochen aus der Gesellschaft wieder ausschied und offensichtlich wurde, dass er niemals an dem Fabrikbetrieb beteiligt werden sollte, vielmehr seinen Namen und Doktortitel dem M. nur gegen eine einmalige Abfindung zur Verfügung gestellt hatte. Das Oberlandesgericht Karlsruhe erklärte, dass das Verfahren sowohl gegen den § 18, Absatz 1, wie Absatz 2 des Handels-Gesetzbuches verstosse. Es sei sowohl gegen die Vorschrift verstossen, dass ein Kaufmann, der sein Geschäft ohne Gesellschafter (wenn auch wie hier mit Strohmann) betreibt, seinen Familiennamen mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen als Firma zu führen habe, wie auch gegen die weitere Vorschrift, dass einer Firma kein Zusatz beigefügt werden dürfe, der ein Gesellschaftsverhältnis andeutete oder sonst geeignet sei, eine Täuschung über die Art oder den Umfang des Geschäftes oder die Verhältnisse des Geschäftsinhabers herbeizuführen.

✱ Eine Erhöhung der Kohlenpreise ist nunmehr doch erfolgt. Aus Essen wird gemeldet:

Die neuen Richtpreise des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats sind mit Wirkung vom 1. Mai 1917 ab wie folgt festgesetzt worden: für **Kohlen** bis einschliesslich 30. September 1917 2 M. Erhöhung für die Tonne, für **Briketts** bis einschliesslich 31. August 1917 2,50 M. Erhöhung für die Tonne, für **Koks** bis einschliesslich 31. August 1917 3 M. Erhöhung für die Tonne. Bei Koks ist jedoch Koksgruss ausgenommen, für den die Preiserhöhung 2 M. für die Tonne beträgt.

Die Heraufsetzung der Kohlenpreise wird von den Beteiligten mit den stark gestiegenen Selbstkosten begründet, von der Regierung scheint sie im Interesse einer Zunahme der Förderung begünstigt worden zu sein. Die vorangegangene ab 1. Januar gültige Preiserhöhung betrug bei Kohlen 2, bei Koks 3, und bei Steinkohlenbriketts 3,25 M.

✱ Preiserhöhungen für Metallfadenlampen. Zu der Meldung, dass Preiserhöhungen für elektrische Metallfadenlampen beabsichtigt seien, wird uns von beteiligter Seite erklärt, dass in der Tat unter Beteiligung der fünf grossen Berliner Metallfadenlampenfabriken, nämlich der A. E. G., der Siemens-Schuckert-Werke, der Auer-Gesellschaft, der Bergmann-Elektrizitäts-Werke und der Julius Pintsch-Akt.-Ges. Verhandlungen eingeleitet worden sind, die die Festsetzung bestimmter Teuerungszuschläge für alle Arten von Metallfadenlampen bezwecken. Diese Lampen gehörten bisher zu denjenigen Gebrauchsgegenständen, die im Kriege noch keine Preissteigerung erfahren haben, ja, es sind sogar teilweise Ermässigungen eingetreten. Die Bildung eines Metallfadenlampensyndikats nach dem Muster des früheren Kohlenfadenlampenkartells wird auch jetzt nicht beabsichtigt, da die ökonomische Entwicklung dieser Lampen sich noch immer im Fluss befindet und erst in den letzten Jahren durch die Konstruktion der gasgefüllten Lampen (Nitrat-, Halbwattlampen, Wotan G-Type usw.) ein wesentlicher Fortschritt erreicht wurde.

✱ Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Akt.-Ges. in Berlin. Die Generalversammlung, in der ein Kapital von 4926000 Mark vertreten war, setzte die Dividende auf 10 pCt. fest. Ein Aktionär gab der Verwaltung die Anregung, eine Ermässigung der Aufsichtsratsvergütungen in Betracht zu ziehen. Ein anderer Redner beschäftigte sich mit dem Verhältnis der Gesellschaft zu ihren Angestellten und Arbeitern. Der Vorsitzende, Geh. Kommerzienrat Arnhold, erwiderte, bei der Gesellschaft habe stets ein erfreuliches Einvernehmen zwischen Verwaltung und Angestellten bestanden. Diesem Umstande verdanke die Gesellschaft nicht zum mindesten die gedeihliche Entwicklung des Unternehmens. Das gute Verhältnis zwischen beiden Teilen gelange auch durch den Umstand zum Ausdruck, dass der Betrieb bei dem Unternehmen eine Unterbrechung in letzter Zeit nicht erfahren habe. Berechtigten Wünschen der Arbeiter bzw. der Angestellten werde stets Rechnung getragen werden. Der Abschluss der Gesellschaft werde die Wünsche der Aktionäre befriedigen. Nach dem erfolgten Verkauf der Lehigh Coke-Company sei der gute finanzielle Status der Gesellschaft wiederhergestellt. Die von dem vorerwähnten Aktionär angeregte Ermässigung der Tantiemen wurde von der Verwaltung in ihrer Entgegnung nicht erwähnt.

✱ Bergmann Elektrizitäts-Werke. Im Jahresbericht für 1916 teilt die Verwaltung mit, dass die verschiedenen Werksabteilungen überwiegend mit der Herstellung von Erzeugnissen für den Kriegsbedarf beschäftigt waren. Hierdurch traten vielfach Anforderungen an die Gesellschaft heran, die oft grundlegende Aenderungen in der Fabrikation bedingten und teilweise Stockungen in den Ablieferungen hervorriefen. Indes hat der Gesamtumsatz sich ungefähr auf der Höhe des Vorjahres gehalten. Die Geschäfte, die Friedenszwecken dienten, sowie auch diejenigen mit der Kundschaft im neutralen Ausland konnten nur im Umfange der zur Verfügung stehenden Ersatzstoffe Erledigung finden. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt einschliesslich 0,39 Mill. M. (0,34) Vortrag einen Geschäftsgewinn von 19,57 Mill. M. (21,66), dessen Verwendung (es wird eine Dividende von wieder 10 pCt. in Vorschlag gebracht) wir schon mitteilten. Der Gewinnrückgang ist auf die erhebliche Steigerung der Löhne und Materialpreise, denen keine angemessene Erhöhung der Verkaufspreise gegenüberstand, zurückzuführen. In der Bilanz sind auf der Aktivseite die Grundstücke mit 3,97 Mill. M. (3,94) eingesetzt. Die Gebäude sind bei gleichen Abschreibungen wie im Vorjahr mit 10,57 Mill. M. (11,22) bewertet. Das Maschinenkonto im Vorjahr noch mit 4,03 Mill. M. zu Buch stehend, ist ganz abgeschrieben, ebenso die Zugänge an Kriegsausrüstungsmaschinen 1,49 Mill. M. (1,57), da sie nur zur Herstellung von Kriegsmaterial Verwendung finden können. Die übrigen Anlagekosten bleiben weiter mit je 2 M. bestehen. Das Konto Beteiligungen beziffert sich auf 7,85 Mill. M. (7,24). Der Effektenbestand hat sich durch Zeichnungen auf Kriegsanleihen auf 18,54 Mill. M. (7,79) gehoben. Im Zusammenhang hiermit zeigt das Bankguthaben einen Rückgang auf 16,39 Mill. M. (26,56). Die Debitoren schuldeten 33,27 Mill. Mark (29,23), ihre Erhöhung ist eine Folge der besonders starken Ablieferungen in den letzten Monaten 1916. Auch die Warenbestände zeigen durch die starke Beschäftigung gegen Jahresschluss ein Anwachsen auf 20,25 Mill. M. (14,74). Auf der Passivseite betragen die Kreditoren 8,77 Mill. M. (6,54). Das Rückstellungskonto für Verpflichtungen aus 1916 erhöht sich auf 1,51 Mill. M. (0,64). Die Kriegsreserve stellt sich nach der vorjährigen Zuweisung von 4 Mill. M. auf 4,47 Mill. M. (0,76), die Warenrücklage auf 1 Mill. M. (0).

C. G. Müller Speisefettfabrik Akt.-Ges., Neukölln. Der Ueberschuss der Gesellschaft für 1916 beträgt 775848 M. (1915: 895770). Der Aufsichtsrat beantragt, hiervon 54854 M. (i. V. 50000 M.) dem Reklamereservefonds, 2031 M. (10000) dem Erneuerungsfonds und 8410 M. (40000) dem Bau- und Maschinenfonds zur Abrundung zu übertragen, 400000 M. (300000) der Kriegsrücklage zur Bestreitung der diesjährigen Kriegssteuer und für den Uebergang auf die Friedenswirtschaft zuzuweisen und nach Abzug der vertrags- und satzungsmässigen Tantiemen 252000 M. (378000) gleich 12 pCt. (18) Dividende zu zahlen und 59634 M. (53701) auf neue Rechnung vorzutragen. Ausserdem soll der Generalversammlung vorgeschlagen werden, aus dem beim Verkauf des Neuköllner Grundstückes erzielten Gewinn einen Bonus von 10 pCt. zur Ausschüttung zu bringen.

✱ Trier, 1. Mai. (Privat-Telegramm.) Zwölfter Tag der Weinversteigerung, zweiter Ausgebotstag der Weine von Kesselstatt: 19 Fuder Ruwerweine erzielten 5100—6880 M., zusammen 115350 M. oder im Durchschnitt 6071 M. 79 Fuder Moselweine erzielten 6980—8360 M., zusammen 663620 M. Das teuerste Fuder war Piesporter Goldtröpfchen. Der Gesamterlös von Kesselstatt war 1280840 M., d. h. im Durchschnitt 6587 M.

✱ Sicherstellung der Futter- und Weidenutzung in Oesterreich. Aus Wien wird uns geschrieben: Durch eine kürzlich erlassene Verordnung hat die österreichische Regierung, ähnlich wie im Vorjahre, jeden Grundeigentümer verpflichtet, seine sämtlichen Wiesen, Weiden usw. der Futtergewinnung oder der Beweidung durch landwirtschaftliches Nutzvieh dienstbar zu machen. Die Erntekommissionen haben dafür Sorge zu tragen, dass die Futtergewinnung und die Beweidung durch landwirtschaftliches Nutzvieh rechtzeitig und vollständig durchgeführt werde. Die Eigentümer solcher Wiesen, Weide- und Alpengrundstücke, die bisher, ungeachtet ihrer Eignung, nicht oder nicht ausreichend für die Futtergewinnung oder Beweidung verwendet wurden, müssen bis zu einem gewissen Zeitpunkte nachweisen, dass sie selbst bereits genügend Vorkehrungen zur Sicherstellung der Futtergewinnung oder Beweidung im vollen ortsüblichen Ausmasse, sei es im Eigenbetriebe, sei es durch Ueberlassung dieser Nutzungen an andere getroffen haben. Wird dieser Nachweis nicht erbracht, so kann die Behörde alle nicht voll ausgenützten Futtergrundstücke und die für den tatsächlichen Bedarf erforderlichen Weide- und Alpenflächen der Gemeinde, in der die Grundstücke liegen, oder einer anderen Gemeinde, die Mangel an Futter oder Weidegründen hat, unter Berücksichtigung ihrer Lage und ihres Bedarfes zur Bewirtschaftung und Ausnutzung überlassen.

Dividenden und Abschlüsse.

Hahnsche Werke. Dividendenvorschlag für 1916: 16 pCt. (wie i. V.) sowie eine Sondervergütung von 80 M. auf jede Aktie. Für Abschreibungen wurden 1500000 M. (wie i. V.), Rücklage I und II 450000 M. (i. V. 100000) festgesetzt. Gewinnvortrag 421405 M. (371258). Zur Fürsorge für die bei der Gesellschaft beschäftigten Beamten und Arbeiter sowie für die im Felde befindlichen und deren Familien wurden 450000 M. verausgabt, der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen sowie der Marinestiftung wurden weitere 100000 M. überwiesen. Ferner wurden 500000 M. für eine „Wohlfahrtsstiftung 1916 für Beamte und Arbeiter" verwendet.

Maschinenfabrik für Mühlenbau vorm. Kapler: Vorschlag wieder 4 pCt.

Versicherungsgesellschaft Thuringia in Erfurt: Vorschlag 400 M. für die Aktie (wie i. V.) aus 2631625 M. (2387417) Ueberschuss.

✱ An der Börse

war die Tendenz heute im ganzen wieder recht fest. Das grösste Geschäft entwickelte sich in den Aktien der Gebr. Böhler-Ges. im Zusammenhang mit den gestern veröffentlichten, sehr günstige Angaben enthaltenden Jahresbericht. Von Montanwerten waren anfänglich die der oberschlesischen Werke bevorzugt, so die Aktien der Laurahütte, der Bismarckhütte, der Oberschlesischen Kokswerke. Die Aktien der führenden westfälischen Werke, so des Phönix, des Bochumer Vereins, der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft, der Aumetz-Friede-Ges. konnten späterhin gleichfalls anziehen. Die Aktien der Rheinischen Stahlwerke waren nach den letzten, den Kapitalserhöhungsvorschlägen vorangegangenen Kurssteigerungen eher etwas angeboten im Zusammenhang mit Realisationen. Von kleineren Eisenwerten wurden die Aktien der Westfälischen Stahlwerke, des Eisenhüttenwerks Thale, der Friedr. Thomée-Ges., der Wittener Gusstahlwerke, der Menden und Schwerte-Ges. zu höheren Kursen gesucht. Auch Kohlenaktien konnten zum Teil anziehen, so die Werte der Harpener Bergbau-Ges., der Königsborn-Ges., des Essener Bergwerksvereins König Wilhelm. Die Aktien der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft gaben dagegen nach. Schiffahrtsaktien konnten ihren Kursstand gut behaupten, von Kalipapieren waren die der Heldburg-Ges. und der Deutschen Kaliwerke gebessert, von Petroleumwerten gaben die Aktien der Deutschen Erdöl-Akt.-Ges. und der Ver. Deutschen Petroleumwerke nach. Im übrigen sind noch als höher zu erwähnen die Aktien der Busch-Ges. in Lüdenscheid, der Viktoriawerke Nürnberg, der Hackethal-Ges., der Adler, Germania und Wickinger Portlandzementfabriken, der Chemischen Fabriken Charlottenburg und Leopoldshall. Rüstungswerte waren wenig verändert und zumeist vernachlässigt, nur die Aktien der Dynamit Nobel Ges. begegneten einiger Nachfrage. Von Automobilaktien konnten die Werte der Daimler-Ges. und der Benz-Werke anziehen.

Am Rentenmarkte waren heimische, österreichisch-ungarische und russische Werte wenig verändert. Recht feste Haltung zeigten mexikanische Papiere.

Die Aktien der Auer-Gesellschaft zeigten feste Haltung. Das bekannte Abstempelungsrecht wurde heute erstmalig umgesetzt, es stellte sich etwas unter der rechnerischen Parität.

Am Geldmarkt war heute tägliches Geld zu etwa 4¾ pCt. zu haben. Der Privatdiskont stellte sich auf 4¾ pCt. und darunter. — Für fremde Zahlungsmittel wurden folgende Kurse festgesetzt (in Mark):

Telegraphische Auszahlungen	2. 5. Geld	2. 5. Brief	1. 5. Geld	1. 5. Brief	Telegraphische Auszahlungen	2. 5. Geld	2. 5. Brief	1. 5. Geld	1. 5. Brief
Amsterdam / Rotterdam G.	264¾	265¼	264¾	265¼	Wien / Budapest Kr	64,20	64,30	64,20	64,30
Kopenhagen Kr.	182½	183	182½	183	Sofia L.	80¼	81¼	79⅞	80⅞
Stockholm Kr.	192¾	193¼	192¾	193¼	Konstantin. T. P.	20,40	20,50	20,45	20,55
Christiania Kr.	186¾	187¼	186¾	187¼	Madrid / Barcelona Pes	125½	126½	125½	126½
Schweiz Fr.	126¼	126¾	126¼	126¾					

Amerikanische Kabel-Telegramme.

New-York, 1. Mai. (Privat-Kabeltelegramm.)

	1. 5.	30. 4.		1. 5.	30. 4.
Tendenz f. Geld	strm.	behpt.	N.-Y. Hudson River	93¾	94¼
Geld a. 24 Stunden	3	2½	N.-Y. Ontario West	23⅛	23⅛
Geld a. 24 Stund. l. D.	3½	2¾	Norfolk u. Western	127	128
Wechs. a. Berl. (Sicht	—	—	Northern Pacific	102⅝	103
do. Paris (Sicht	5,7125	5,7250	Pennsylvania	52¼*	53
do. Lond. (60 Tg.	4,72	4,72	Reading	94⅞	95⅜
Cable Transfers	4,7645	4,7645	Chic. R. Isl. Pac. Railw	45⅛	45
Silber Bullion	74⅜	74¾	Southern Pacific	94½	94⅛
North. Pacific 3% Bds	64½	64⅞	do Railway	27⅛	27⅞
San Franc 4% Prior			do do pref	57⅞	57¾
Lien Bds. Ser A	65⅛	65	Union Pacific	136⅞	137
San Franc 6% In-			do pref.	79½	79⅛
come Bds. Ser. A	50⅜	50⅜	Wabash pref.	48⅝	48¾
San Franc. 6% Adjust.			Western Maryland	21⅛	20¾
Bonds	68½	68½	American Can	45¾	45½
South Pacific 4% Bds.	82⅛	83	Amer. Car u. Foundry	67	67⅜
Atchison Top. u. St. Fé	101⅛	101¾*	American Locomotive	68	68¼
Baltimore u. Ohio	75⅝	76	Americ. Smelting Ref.	100⅝	101⅛
Canadian Pacific	160	16	American Sugar Ref.	112½	111
Chesapeake u. Ohio	59½	59¾	Anac. Copper Mining	80⅛	79⅛
Chicago, Milwaukee	80	80¼	Bethlehem Steel	124½	125¼
Denver u. Rio Grande	12⅜	12⅝	Central Leather	86¾	87
Erie	26⅞	27¼	Consolidated Gas	113¼	113
Erie fst pref.	40½	41	General Electric	153½	—
Great Northern pref.	109½	109	Internat. Harvester	114	112⅞
do. Ore Certif.	33	33⅜	Intern. Mercant. com	29¼	27¾
Illinois Central	103½	104½	do pref	82⅛	79⅛
Interborough Consol	10⅛	10	National Lead	56¼	54¼
Lehigh Valley	63	63⅞	Republ. Iron u. Steel	81⅜	81¼
Louisville u. Nashv.	130	131	Unit. Stat. Steel Corp	116¾	116⅜
Missouri Kans. u. Tex	6½	6¾	do. do pref.	118	117¼*
Nat. Railw. Mexiko pr	6 B	[illegible]	Utah Copper	115⅛	115⅞
Missouri Pacific	27⅛	27⅛	Virg. Carolina Chem	43⅝	43⅝

*) exkl.

✱ New-York, 1. Mai. (Spezial-Kabeltelegramm.) Wenn auch der Umsatz im heutigen **Börsenverkehr** zahlenmässig mit 580000 Aktien etwas grösser war als gestern, so machte sich doch im allgemeinen

wenig Unternehmungslust und Interesse bemerkbar. Bei Eröffnung konnten sich die gestrigen Schlusskurse zunächst behaupten, bald aber wurde die Tendenz fester, da namentlich am Industriemarkte eine lebhaftere Kaufbewegung einsetzte. Anaconda, Smelter, Steel Shares und Zuckerwerte wurden zu anziehenden Kursen aus dem Markte genommen. Im weiteren Verlauf kam, von einer Abschwächung der Eisenbahnwerte ausgehend, eine entschieden matte Stimmung zum Durchbruch. Als auch wieder Gerüchte über einen baldigen Friedensschluss auftauchten, setzte sich die rückläufige Kursbewegung in den ersten Nachmittagsstunden fort, um aber in der letzten Stunde wieder einer Befestigung der Tendenz zu weichen. Bemerkenswert war das Steigen der Schiffahrtswerte, die von interessierter Seite in grösseren Posten gekauft wurden. So gewannen die Stammaktien der International Mercantile Marine Co. 2 Doll., die Vorzugsaktien 3⅜ Doll. Am Schluss war die Tendenz nicht einheitlich. Während am Eisenbahnaktienmarkt Kursrückgänge überwogen, waren bei Industrieaktien im allgemeinen Besserungen zu beobachten. — Märzausweise: Pennsylvania Railroad, östliche Linien: Bruttoplus 3 266 000 Doll., Nettominus 183 000 Doll., westliche Linien: Bruttoplus 1 358 000 Doll., Nettominus 790 000 Doll. Northern Pacific Rr.: Bruttoplus 135 000 Doll., Nettominus 463 000 Doll. Southern Railway: Bruttoplus 787 000 Doll., Nettoplus 95 000 Doll. — Die Southern Pacific Rr. bestellte 11 Lokomotiven. — Nach Südamerika gingen 90 000 Doll. Gold, nach San Francisco 1 250 000 Dollars Gold.

× **Abschwächung am amerikanischen Getreidemarkt.** Nach der ungewöhnlichen Hausse der letzten Tage ist jetzt in Amerika eine Abschwächung der Tendenz für Weizen eingetreten. An der New-Yorker Börse stürzte der Preis für Winterweizen von 312 auf 297⅛ c. In Chicago sank die Notierung für Weizen per Maillieferung von 271 auf 257½ c., per Juli von 226¼ auf 212¼ c. und per September von 189 auf 182¼ c. Auch die Tendenz für Mais war schwach; Maillieferung wurde mit 145¼ c. (149⅜) notiert. Hafer stellte sich auf 66⅞ c. (68⅜). — Die Tendenz für Baumwolle war ebenfalls matter. Lokoware bedang 20,70 c. (20,55), Maillieferung 20,31 c. (20,17). Der Preis für Mehl war trotz des Sturzes der Notierungen für Weizen unverändert. Schmalz per Mai stellte sich auf 22,50 c. (21,87½), Rohzinn bedang 58,50 c. (58,25—59,25).

BERLINER HANDELSREGISTER.

Eintragungen vom 28. und 30. April.

Abt. A. Paul Vogel, Bülowstr. 66. Inh. ist Paul Vogel. — Powilleit & Co. Dem Siegfried Rosenbaum ist die Vertretungsbefugnis gerichtlich entzogen. — Lüscher & Bömper. Inh. ist jetzt Johannes Lohmann. — Schmidt & Müller. Vertretung nur Fritz Huckert allein. — Zelder & Plathen. August Plathen †. Martha Platen geb. Kotzwich ist eingetreten. Vertretung nur Adolf Zelder und Reinhold Kühne. — Ferd. Maurer & Co. Inh. ist jetzt Max Schulz. — Paul Schlicht lautet die Firma jetzt. Sitz jetzt Berlin, Zentralmarkthalle, Stand 52/53. — Berthold Philipsborn. Sitz jetzt Berlin, Kommandantenstr. 1/2. — Ernst Tillmann, Kürschnermeister lautet die Firma jetzt. — Ernst Mäding. Inh. ist jetzt Artur Mäding. — Ad. Weber. Inh. ist jetzt Friederike Auguste Rischpeter. — Berliner Cartonnagen-Industrie Osang & Co. Vertretung jeder für sich. — Andree & Wilkerling. Sitz der Zweigniederl. jetzt Berlin-Wilmersdorf, Wittelsbacherstrasse. Die Einlage eines Kommanditisten ist herabgesetzt. — Autogene Schweisserei Franz Grimm. Inh. ist jetzt Karl Bohne. — Gelöscht ist die Firma: Ferdinand Hönig.

Abt. B. Berliner Metallwaarenfabrik H. A. Jürst & Co. Akt.-Ges. Richard Sievers ist nicht mehr Vorstand; Vorstand ist jetzt Ferdinand Frank. — Metallwaaren-Fabrik Act.-Ges. Baer & Stein. Vorstand Saly Stein †, zu seiner Vertretung ist Alfred Hausding aus dem Aufsichtsrat bis längstens 16. 7. 17 abgeordnet. Vorstandsmitglied Bruno Baer.

Zwangsversteigerungen von Grundstücken.

Beim Amtsgericht Berlin-Mitte standen zur Versteigerung die Grundstücke: Lausitzer Platz 10 in Berlin, dem Frl. F. Burghardt in Berlin gehörig. 8,51 Ar. Nutzungsw. 16 350 M. Meistbietender mit 265 000 M. Bargebot blieb der Kfm. Wilhelm Huhn in Berlin, Wilsnacker Strasse 62, für seine drei minderjährigen Kinder zu je ⅓ Bruchteil; — Wrangelstr. 7 in Berlin, dem Schankwirt L. Küter in Berlin gehörig. Der Termin wurde vertagt.

Beim Amtsgericht Neukölln. Emser Str. 35/36 in Neukölln, dem Franz Schmidt und dessen Ehefrau Martha geb. Piaskowski zu gleichen Rechten und Anteilen gehörig. 5,75 Ar. Nutzungsw. 11 800 M. Das Verfahren wurde auf sechs Monate eingestellt.

Beim Amtsgericht Berlin-Tempelhof. Jahnstrasse 18 in Berlin, dem Franz Schüler gehörig. Fläche 8,29 Ar. Nutzungsw. 16 230 M. Mit dem Gebot von 208 250 M. bar blieb die Frau Marie Wallmann, verw. gew. Schulz-Schütt geb. Henkel zu Berlin W. 30, Viktoriaplatz 3, Meistbietende.

Betriebs-Ausweise.

Marienborn-Beendorfer Kleinbahn-Gesellschaft. Einnahmen 1. Quartal 1917 vorläufig 42 926 M. (1. Quartal 1916: 25 945 M.). Elektrische Strassenbahn Breslau: April 1917 139 587 M. gegen 102 892 M. im Vorjahre).

Effekten-Verlosungen.

Serienziehung der Braunschweiger 20-Taler-Lose: 173 212 390 631 1177 1283 1379 1655 1775 2080 2711 2795 2888 3058 3117 3191 3352 3443 3549 3870 4059 4142 4408 4572 4627 4857 5185 5190 5270 5332 5806 5839 6469 6626 6894 6999 7433 8151 8334 8338 8563 8805 8949 9285 9345 9404 9429 9711 9806 9808 9844 9975.

Nach kurzem Krankenlager entschlief sanft heute Nacht unser geliebter Bruder, Schwager und Onkel

Hugo Goldfarb

im 54. Lebensjahre.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Berlin, Pr. Stargard, Düsseldorf, Danzig, den 30. April 1917.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 3. Mai, vormittags 11 Uhr, von Weissensee, Neue Halle aus statt.

Bei **Kopfschmerz** Hofapotheker Gross **Citrovanille** ärztlich bevorzugt. D.-R.-P. 234 631. Unübertroffen in sein. raschen u. vorzüglichen Wirkung. — Erhältlich in Apotheken.

Bilanz per 31. Dezember 1916.

Aktiva.	M.	pf
Kassa u. Bankguthaben	72 795	02
Grundstücke	251 67[illegible]	26
Debitoren	6 0[illegible]	15
Hypotheken	569 440	—
Kanalisationskonto	15 350	55
Zaunkonto	1	—
Inventarkonto	1	—
Pflasterkonto	2 07[illegible]	92
Kriegs-Anleihe-Konto	49 [illegible]	—
	966 3[illegible]	50

Passiva.	M.	pf
Reservefond	76 633	31
Liquidationskonto V.	850	—
" VI	2 550	—
" VII	1 700	—
" VIII	850	—
" IX	1 300	—
" X	1 200	—
" XI	1 300	—
Kreditoren	7 000	—
Gewinn-Saldo	873 104	19
	966 387	50

Gewinn- und Verlust-Konto.

Soll.	M.	pf
Unkosten einschliesslich Steuer und Tantième	20 232	87
Gewinn-Saldo	873 104	19
	893 337	06

Haben.	M.	pf
Vortrag aus 1915	860 604	66
Hypothekenzinsen und Zinsen aus Bankguthaben	30 959	40
Pachten	1 772	—
	893 337	06

Wir bringen auf unsere Aktien die zwölfte Rückzahlung m. sechzig Mark f. jede Aktie zur Ausschüttung. Behufs Abhebung dieser Rückzahlung sind die Aktien mit einem doppelten, arithmetisch geordneten Nummernverzeichnis bei dem Bankhaus Berger & Sohn, Berlin, Roonstr. 3, einzureichen.

Berlin, den 28. April 1917.

Bauverein Weissensee in Liquidation

Die Liquidatoren: Th. Rathmann. W. Ramm.

Ziehung 9., 10., 11. Mai. Strassburger Geld-Lotterie 9339 Gewinne bar ohne Abzug Hauptgewinne: 200000 75000 30000 Lose zu M. 3.30 versendet auch unter Nachnahme Carl Thomas. Altona bei Hamburg, Gr. Bergstrasse 235.

Rechen-Maschinen! zu bekannt billigen Preisen! Mietweise Abgabe! Reparaturen! Zubehöre! „Cosmos" Tel. Norden 10268 Berlin C., Rosenthaler St. 40/41.

Preuss.-Südd. Klassen-Lotterie zur Haupt- und Schluss-Ziehung vom 8. Mai bis 4. Juni Original-Lose Achtel 25 M., Viertel 50 M., Halbe 100 M., Ganze 200 M. vorrätig bei Ludwig Müller Kgl. Lotterie-Einnehmer, Berlin W. 56, Werderscher Markt 9, gegenüber von Herm. Gerson. — Postscheck-Konto 31 088.

Gemälde höchsten Ranges verkauft sehr preiswert Grosse Kunst-Ausstellung A. Dahlheim, Koch-Str. No. 6 bis 8.

Zahlungsstockung beseitige mit großem Erfolg. Sämtl. Buchführungsarbeiten Willi Preuss, Alte Schönhauserstr. 41. Rdn. 5312, 8824. Komme nach auswärts.

Münzen kauft Ball, Münzenhdlg. Berlin, Wilhelmstr. 46/47.

Übermorgen Tauentzien PALAST Der „Möwe"-Film Graf Dohna's zweite Kaperfahrt Amtliche Aufnahmen des ersten Offiziers S.M.S. „Möwe" Kapitainleutnant Wolf. Vorstellungen um: 4³⁰, 5³⁰, 6⁴⁰, 7⁵⁰, 9 Uhr Kasseneröffnung: 3³⁰ Uhr. Vorverkauf: 11-1 Uhr.

Siegele Juwelier Siegele Berlin NW. Friedrichstr. 88 Armbanduhren Felduhren. ff Brillanten, Perlen, Offizier-Siegelringe.

Ludw. Loewe & Co., Actiengesellschaft, Berlin.

Bilanz am 31. Dezember 1916.

Aktiva.	M.	pf	Passiva.	M.	pf
Grundstücke und Gebäude	12 487 392	76	Aktienkapital	10 000 000	—
Kasse	80 015	57	4 % Anleihe von 1895	1 500 000	—
Wechsel	3 946	25	4½ % " 1912	7 500 000	—
Hypothek.-Forderung	317 180	85	Hypotheken-Schulden	1 633 000	—
Effekten und Beteiligungen	20 864 303	40	Pfandbrief- "	14 807	12
Betriebs-Inventarien	3	—	Kranken-Unterstützungsfonds	25 778	85
Utensilien	1	—	Loewe Stiftung. Vermögen	1 815 562	60
Fabrikate	4 792 849	32	Unerhobene Dividende pro 1914	600	—
Materialien	858 385	87	Unerhobene Dividende pro 1915	1 680	—
Fahrwesen	1	—	Kreditoren	14 457 888	81
Loewe-Stiftung, Anlage	1 805 765	—	Talonsteuer-Reserve	66 250	—
Debitoren	9 082 922	01	Reservefonds	6 255 434	10
			Spezialreservefonds	1 248 100	80
			Bau- u. Erneuerungsfonds	2 000 000	—
			Gewinn-Verteilung: Talonsteuer-Reserve M. 18 626.— Loewe-Stiftung 200 000.— Aufsichtsrats-Tantieme 178 723.40 32 % Divd. 3 200 000.— Vortrag auf 1917 181 314.35	3 773 663	75
	50 292 766	03		50 292 766	03

Gewinn- und Verlust-Konto pro 1916.

Debet.	M.	pf	Credit.	M.	pf
Anleihe-Zinsen	412 480	—	Vortrag aus 1915	134 037	15
Pfandbrief-Zinsen	1 027	82	Ertrag an Mieten	195 2[illegible]4	—
Hypotheken-Zinsen	67 320	—	" Zinsen	279 077	05
Handlungs-Unkosten	1 049 336	11	Rohüberschuss	6 164 707	34
Abschreibungen	1 469 217	86			
Reingewinn	3 773 663	75			
	6 773 045	54		6 773 045	54

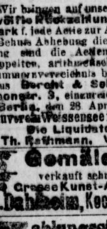
Preussische Klassen-Lotterie. Lose zur Hauptzieh. vom 8. Mai bis 4. Juni habe vorrätig. Geipel W 8, Leipzigerstr. 91 Kgl. Preuss. Lott.-Einnahme.

Gesetzl. LUCULLUS gesch. Gas-Brat- u. Back-Apparat

ist unübertroffen in seinen Leistungen: braten, backen, schmoren, dünsten, dörren, einkochen. Saftigste Braten (auch Wild, Geflügel, Fisch) ohne Butter oder Fett nur ca. 10 % Gewichtsschwund. Stets gleichmässige Hitze bei sparsamst. Gasverbrauch. Jeden Donnerstag 11—6 praktische Vorführung. A. E. Bautz, Berlin SW., Leipziger Strasse 66 unweit Spittelmarkt. Fordern Sie Prospekt. — Tel.: Zentrum 5991.

Neu erschien: Ein Buch über den „Hauptpunkt im Leben" (nach Goethe) Die Heilung der Stuhlträgheit (Verstopfung) u. ihr. Folgeerscheinungen v. Dr. med. P. Bergmann, Berlin. Wichtig für alle, die an Unterleibsbeschwerden, Hämorrhoiden, Circulationsstörungen, Blutstockg., Gasansammlungen, Leberschwellungen, Ischias, Arterienverkalkung, Zuckerkrankheit, Kopfschmerz, Nervenschwäche, Glotzaugenkrankheit zc. leiden. Bezug gegen Einsendung von M. 2 — oder gegen Nachn. durch Medizin. Verlag Dr. Schweizer & Co., Berlin NW 87a, Ecke v. Repkowplatz 5.

Haut-, Blasen-, Frauenleiden (ohne Quecksilb., ohne Einspritzg.). Blut-, Urinuntersuchungen. Ehrlich-Hata-Kuren ohne schädliche Nebenwirkungen. Prof. Ehrlich's geniale Errungenschaft für Syphilitiker. Aufkl. Brosch. 55 über rasche und gründl. Heilung von Unterleibsleiden ohne Berufsstörung, ohne Rückfall. Diskret verschl. M. 1,20. Ambulatorium für Spezialarzt Dr. med. Thiequen's Biochemisches Heilverfahren, Spezialarzt Dr. med. Hollaender. BERLIN W 8, Leipziger Strasse 108. Tägl. 11—1, 5—7. Sonntags 11—1.



St. AFRA Die Perle der Liköre

Deutscher Cognac Exquisit Echter alter Cognac

Cognacbrennerei E. L. Kempe & Co. Aktiengesellschaft / Oppach i. Sa.